

Kantonaler Richtplan Basel-Landschaft Anpassung 2018, Entwurf

Richtplantext – Objektblätter

HINWEISE

neuer Text: **rot**
gelöschter Text: ~~blau durchgestrichen~~

Rechtskräftig ist die KRIP-Version gemäss LRB Nr. 1611 vom 31. August 2017.

Zur besseren Verständlichkeit basiert die vorliegende Version auf der Fassung des Kantonalen Richtplans gemäss RRB vom 29. August 2017 (= KRIP-Anpassung 2016, zurzeit in Behandlung bei der landrätlichen Bau- und Planungskommission).

Die Darstellung der Objektblätter wurde dem neuen Corporate Design des Kantons angepasst.

BESCHLÜSSE

Regierungsratsbeschluss	Nr.	vom
Landratsbeschluss	Nr.	vom
Bundesratsbeschluss	Nr.	vom

S 5	Siedlungsausstattung	3
S 5.1	Standorte für kantonale öffentliche Bauten und Anlagen	3
L 2	Land- und Waldwirtschaft	5
L 2.3	Wald	5
L 3	Natur- und Landschaftsschutz	7
L 3.1	Vorranggebiet Natur	7
L 3.4	Wildtierkorridore (neu)	9
L 4	Freizeit, Erholung und Sport	11
L 4.1	Ausflugsziele im Jura	11
V 3	Langsamverkehr / Wegnetze	13
V 3.1	Kantonale Radrouten	13
V 3.2	Wanderwege	15
VE 1	Versorgung	17
VE 1.2	Abbau	17
VE 3	Entsorgung	19
VE 3.1	Deponien	19
VE 3.2	Abwasser (neu)	22
G 1	Salina-Raurica	25
G 1.2	Wohngebiete	25
G 1.3	Landschaft	27
G 1.4	Verkehr	30
G 1.5	Erlebnisraum Augusta Raurica (neu)	33
G 1.P	Detailplan	35

S 5 SIEDLUNGS-AUSSTATTUNG

S 5.1 STANDORTE FÜR KANTONALE ÖFFENTLICHE BAUTEN UND ANLAGEN

Ausgangslage

Der Kanton Basel-Landschaft weist ein gut ausgebautes Netz von öffentlichen Bauten und Anlagen auf (Verwaltung, Schulen, Spitäler, Sportstätten, usw.). Die heutigen Standorte sind für die Mehrheit der Benutzer und Kunden gut erreichbar. Die Standortwahl für öffentliche Bauten und Anlagen erfolgt aufgrund von Konzepten und Sachplänen der zuständigen Fachstellen.

Zurzeit besteht die Absicht zur Konzentration der kantonalen Verwaltung. Daneben wird es aber auch zu diversen Erweiterungen oder Neubauten kommen (Schulbauten, Bauten für die Gesundheit und für die Justiz, diverse Sportstätten von kantonaler/regionaler Bedeutung gemäss kantonalem Sportanlagenkonzept KASAK, **Infrastrukturbauten für die Römerstadt Augusta Raurica**).

Gemäss Art. 3 RPG sind für die öffentlichen oder im öffentlichen Interesse liegenden Bauten und Anlagen sachgerechte Standorte zu bestimmen. Einrichtungen mit Publikumsverkehr wie Schulen, Freizeitanlagen oder öffentliche Dienste sollen für die Bevölkerung gut erreichbar sein.“

Ziele

- a Standorte für öffentliche Bauten und Anlagen sind auf die Schwerpunkte der Siedlungsentwicklung auszurichten.
- b Neue kunden- und arbeitsplatzintensive öffentliche Bauten und Anlagen des Kantons sind an Standorten zu erstellen, die mit dem öffentlichen Verkehrsmittel und mit dem Langsamverkehr attraktiv erschlossen sind oder werden.
- c Zur Begrenzung der Betriebs- und Unterhaltskosten der öffentlichen Bauten und Anlagen sind Standortoptimierungen zu prüfen.

Voraussichtliche Auswirkungen

Wirtschaft und Gesellschaft	Verkehr	– gute Erreichbarkeit aufgrund der vorgegeben Standortkriterien. Reduzierte Fahrtenlänge
	Siedlung	– Beitrag zur Stärkung der Zentren
	Erholung / Wohlfahrt	– keine
	Soziale Aspekte	– keine
	Wirtschaftliche Aspekte	– Einsparungen im Betrieb und Unterhalt durch Standortoptimierungen
	Voraussichtliche Kosten für den Kanton	– Nicht bezifferbar
Umwelt	Natur / Landschaft	– keine
	Grundwasser / Boden	– häuslicherische Bodennutzung
	Lärm / Luft	– Beurteilung im Einzelfall

S 5.1 STANDORTE FÜR KANTONALE ÖFFENTLICHE BAUTEN UND ANLAGEN

Beschlüsse

Planungsgrundsätze

- a Der Kanton konzentriert seine wichtigsten Bauten und Anlagen mit grösseren Benutzer- und Besucherzahlen auf die Bevölkerungsschwerpunkte im Kanton.
- b Kunden- und arbeitsplatzintensive öffentliche Bauten und Anlagen des Kantons sind an Standorten zu erstellen, die mit dem öffentlichen Verkehrsmittel und dem Langsamverkehr attraktiv erschlossen sind oder werden.

Planungsanweisungen

- a Der Kanton führt eine Übersicht über den Stand und die geplanten Erweiterungen / Neubauten der kantonalen öffentlichen Bauten und Anlagen.
- b Der Kanton informiert bei neuen Bauvorhaben frühzeitig die Standortgemeinden.
- c Die Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) und die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) koordinieren die Sportbauten und -anlagen gemäss KASAK **sowie die Bauten für die Römerstadt Augusta Raurica.**

Örtliche Festlegungen

Festsetzung

Bauten und Anlagen der Kantonsverwaltung

— ~~Erweiterung Arxhof (Massnahmenzentrum für junge Erwachsene)~~

Kulturelle Bauten und Anlagen

- ~~Infrastrukturen~~ **Neues Museum, Sammlungszentrum** Römerstadt (Augst, ~~Gebiet Schwarzacker~~, östlich der Giebena-cherstrasse)

~~Hochschulen~~ Schulbauten

— ~~Fachhochschule für Gestaltung und Kunst (Münchenstein, Dreispitz)~~

- Hochschule, Fachhochschule, Sekundarschulen und weitere Bildungseinrichtungen (Standort Campus Muttenz / Kriegacker)
- Sporthochschule (~~Raum Muttenz~~— Münchenstein / St. Jakob)

Spital- und Klinikbauten

- Ersatz Kantonsspital Bruderholz (Binningen / Bottmingen)
- **Psychiatrische Klinik (Liestal)**

Bauten und Anlagen für Unterhalt von Kantonsstrassen

- **Neuer Werkhof Ost (Sissach, Netzen)**

Zwischenergebnis

Bauten und Anlagen der Kantonsverwaltung

- Kantonsgericht (neuer Standort Liestal)

~~Bauten und Anlagen für Unterhalt von Kantons- und Bundesstrassen~~

— ~~Neuer Stützpunkt Hauptabteilung Verkehrssicherheit (bestehender Standort Sissach / Netzen)~~

Schulbauten

- Sekundarschulbauten gemäss Bildungsgesetz

Vororientierung

~~Bauten und Anlagen für Unterhalt von Kantonsstrassen~~

— ~~Neuer Werkhof Ost (Raum Bubendorf-Liestal-Lausen))~~

Sportbauten und Anlagen

- Sportbauten und Anlagen gemäss KASAK

L 2 LAND- UND WALDWIRTSCHAFT

L 2.3 WALD

Ausgangslage

Der Wald hat im Kanton Basel-Landschaft grosse Bedeutung. Er erfüllt auf über 40 % der Kantonsfläche verschiedene gemeinwirtschaftliche Funktionen. So liefert er den nachwachsenden Rohstoff Holz, bietet dem Menschen Raum für Erholung und Freizeit, ist Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen und sorgt nicht zuletzt für den Schutz von Siedlungen und Verkehrsinfrastrukturen vor Naturgefahren. Die überwiegend naturnahen laubholzreichen Wälder unseres Kantons leisten einen wesentlichen Beitrag zum Schutz unseres lebenswichtigen Trinkwassers (Grundwasser) und prägen unser Landschaftsbild. Viele der Baselbieter Wälder sind häufig Lebensräume seltener oder bedrohter Tier- und Pflanzenarten. Die Wälder werden nach den Grundsätzen des naturnahen Waldbaues gepflegt und nachhaltig bewirtschaftet. Dies bedeutet, dass die Nutzung des Waldes, so erfolgt, dass dieser sowohl heute, wie auch für künftige Generationen all seine Funktionen erfüllen kann. Die biologische Vielfalt, Produktivität, Verjüngungsfähigkeit und Vitalität sollen dabei erhalten und das Potenzial des Waldes gesichert werden. Eine nachlassende Nutzung der Ressource Holz hätte eine Überalterung der Bestände zur Folge und würde die Waldfunktionen langfristig beeinträchtigen. Die Waldentwicklungspläne (WEP) und ihre Umsetzungsinstrumente dienen dazu, die einzelnen Waldfunktionen sicherzustellen.

Das Waldareal ist keine Nutzungszone im Sinne des Planungsrechts. Für die Umschreibung und den Schutz des Waldes gilt die Waldgesetzgebung. Das kantonale Waldgesetz regelt die Anforderungen an die Planung und Bewirtschaftung von Wäldern wie auch das Ausscheidungsverfahren der statischen Waldgrenzen.

Die Abstimmung zwischen kantonalem Richtplan und WEP ist notwendig, da verschiedene Nutzungen über die Waldgrenze hinaus erfolgen. Der Wald ist daher durch Nutzungen ausserhalb des Waldes direkt oder indirekt betroffen und der WEP seinerseits kann über den Wald hinaus Auswirkungen haben. Mit der Abstimmung zwischen Richtplan und WEP wird einerseits ein zweckmässiges Vorgehen in den gegenseitigen Einflussbereichen sichergestellt, und andererseits kann mit Massnahmen der Raumplanung die Erhaltung und Förderung der verschiedenen Waldfunktionen unterstützt werden.

Während in ländlich geprägten Kantonsteilen der Wald in ökologisch wertvolle Gebiete und landwirtschaftliche Nutzflächen einwächst, nimmt der Druck auf den Wald in Agglomerationsgebieten laufend zu. Zwischen 2000 und 2014 hat der Wald im Kanton um rund 700 ha zugenommen (+ 3,5%). Auf dem ersten Waldgesetz beruhend sind bereits heute sämtliche Waldränder in und entlang von Bauland als statische Waldgrenzen ausgeschieden. Basierend auf dem aktuellen eidgenössischen Waldgesetz sollen nun über das gesamte Kantonsgebiet statische Waldgrenzen entlang von Nutzungszonen ausgeschieden werden. Dadurch soll eine weitere Zunahme des Waldes im gesamten Kanton verhindert und landwirtschaftliches Kulturland, ökologisch wertvolle Flächen sowie Bauland vor Verwaldung geschützt werden. Der Wald im Kanton wird so langfristig in seiner Fläche und räumlichen Verteilung gesichert. Die aus naturschützerischer Sicht wertvolle Dynamik bleibt auch weiterhin unter dem Schutz des Natur- und Heimatschutzgesetzes bestehen.

Ziele

- a Die natürliche Vielfalt im Wald ist durch flächendeckende naturnahe Waldpflege und die Errichtung eines Netzes von Waldreservaten unterschiedlicher Ausprägung und Altholzinseln (Gebiete mit alten Bäumen) zu erhalten.
- b Der Wald soll in seiner Fläche und seiner räumlichen Verteilung erhalten bleiben.
- c Eine Zunahme des Waldes durch unerwünschten Einwuchs soll im gesamten Kantonsgebiet verhindert werden.
- d Pflege und Bewirtschaftung sollen die nachhaltige Erhaltung sämtlicher Funktionen des Waldes sicherstellen.
- e Der nachwachsende Rohstoff Holz soll mindestens so stark genutzt werden, dass der Vorrat nicht mehr zunimmt (Ausnahme: in Totalreservaten).
- f Die Naturwerte sollen über eine flächendeckende naturnahe Waldbewirtschaftung und die Ausweisung von Vorrangflächen und die Aufwertung der Waldränder gesichert werden.
- g Die Schutzwirkung von Wäldern im Bereich von Siedlungen und Verkehrsinfrastrukturen soll sichergestellt werden.
- h Die Erholung im Wald soll möglich bleiben, wobei negative Einflüsse von Erholungssuchenden wenn immer möglich zu reduzieren sind.

L 2.3 WALD

Voraussichtliche Auswirkungen

Wirtschaft und Gesellschaft	Verkehr	– Schutzwirkung für Infrastrukturbauten
	Siedlung	– Schutzwirkung für Bauten und Anlagen
	Erholung / Wohlfahrt	– Förderung einer gelenkten Erholung im Lebensraum Wald
	Soziale Aspekte	– freier Zutritt der Bevölkerung zum Wald – Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum
	Wirtschaftliche Aspekte	– Förderung der Holzwirtschaft
	Voraussichtliche Kosten für den Kanton und die Gemeinden	– gemäss den ordentlichen Waldbudgets des Kantons und der Gemeinden
Umwelt	Natur / Landschaft	– Erhaltung / Verbesserung von Landschaftsbild, Biodiversität und ökologischem Gleichgewicht – Erhaltung Kulturland und ökologisch wertvolle Flächen
	Grundwasser / Boden	– Verbesserung des Grundwasserschutzes/mechanischer Bodenschutz
	Lärm / Luft	– Günstiges Lokalklima, Senkung des CO ₂

Beschlüsse

Planungsgrundsätze

- Der Lebensraum Wald ist so zu erhalten, dass er seine vielfältigen Funktionen erfüllen kann. Er dient der Holzproduktion, der Erholung, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und als Schutz der Lebensgrundlagen und vor Naturgefahren.
- Erfordert eine Vorrangfunktion eine spezielle Behandlung des Waldes, wird diese im Waldentwicklungsplan (WEP) festgelegt.
- Zur Verhinderung der unerwünschten Zunahme der Waldfläche wird im gesamten Kantonsgebiet die Abgrenzung von Wald und Nutzungszonen vorgenommen.

Planungsanweisungen

- Der Kanton erarbeitet die Waldentwicklungspläne (WEP) gemäss Vorgaben der Waldgesetzgebung und legt die Vorrangfunktionen fest.
- Das Amt für Wald beider Basel erarbeitet Grundsätze für die "Erholung und Freizeit im Wald".
- Das Amt für Wald beider Basel nimmt gemäss den Vorgaben der Waldgesetzgebung die Abgrenzung zwischen Wald und Nutzungszonen mittels Festlegung von statischen Waldgrenzen vor.

Örtliche Festlegungen

Festsetzung

- Die statischen Waldgrenzen können im gesamten Kantonsgebiet festgelegt werden.
- Die Wälder mit Schutzfunktion gemäss den Waldentwicklungsplänen (WEP) Liestal und Umgebung, Sissach-Farnsberg, Diegtal und Waldenburgertal werden festgesetzt.

Zwischenergebnis

- Vorranggebiete Natur im Wald werden als Zwischenergebnis in den Richtplan aufgenommen (vgl. L 3.1).
- Die übrigen Wälder mit Schutzfunktion werden als Zwischenergebnis in den Richtplan aufgenommen.
- ~~Wälder mit Schutzfunktion werden als Zwischenergebnis in den Richtplan aufgenommen.~~

L 3 NATUR- UND LANDSCHAFTSSCHUTZ

L 3.1 VORRANGGEBIET NATUR

Ausgangslage

Wir leben in einer Kulturlandschaft: Von Natur aus vielfältig, wurde unsere Landschaft seit Jahrhunderten vom Menschen mitgeprägt. Frühere Nutzungsformen waren zumeist von einer sehr reichhaltigen Tier- und Pflanzenvielfalt begleitet. Veränderte Nutzung und erhöhter Landschaftsverbrauch führten im 20. Jahrhundert zu starken Verlusten an naturnahen Lebensräumen - und damit zu schwindenden Beständen unserer einheimischen Tiere und Pflanzen. Heute wissen wir jedoch, dass eine hohe und flächendeckende Artenvielfalt ein unverzichtbarer Pfeiler eines intakten Natur- und Landschaftshaushaltes und unserer eigenen Lebensqualität ist.

Verschiedene Gesetzesgrundlagen - zuvorderst das Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz sowie das kantonale Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz - verpflichten deshalb dazu, dem Rückgang oder gar Aussterben unserer einheimischen Tier- und Pflanzenwelt entgegen zu wirken, dies insbesondere durch Erhaltung und Aufwertung ihrer Lebensräume.

Dank verschiedenen Natur-Inventaren (Bestandesaufnahmen) kennen wir heute Lage, Ausdehnung, Qualität und Bedeutung dieser Naturobjekte. Längst wurde damit begonnen, sie rechtlich zu schützen und - in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Land- und Waldwirtschaft - ihre fachgerechte Pflege und Nutzung sicher zu stellen. So stehen heute (Stand 2013) über 8 % der Nicht-Siedlungsfläche (Landwirtschaftsgebiet (1,5 %) und Wald (16,5 %)) unter kantonalem Schutz (aufgenommen im Inventar der geschützten Naturobjekte des Kantons Basel-Landschaft).

Allerdings: Vom Ziel, alle Naturobjekte von regionaler und nationaler Bedeutung dauerhaft zu sichern, sind wir noch weit entfernt. Zudem hat sich der Druck auf diese naturnahen Gebiete durch Bautätigkeit, Nutzungsintensivierung und Freizeitaktivitäten in den letzten Jahren nochmals deutlich verstärkt.

Ziele

- Biologisch hochwertige Gebiete und Vernetzungskorridore von nationaler und kantonaler Bedeutung sind langfristig zu erhalten und zu erweitern sowie im Rahmen der Verhältnismässigkeit aufzuwerten und wiederherzustellen (RK).
- Die Vernetzungskorridore von nationaler und regionaler Bedeutung sind in ihrer Funktion zu erhalten und zu öffnen und wo möglich in ihrer Wirkung zu verbessern.
- Die fachgerechte Pflege und Nutzung von Naturobjekten soll in enger Partnerschaft mit Land- und Waldwirtschaft realisiert werden.

Voraussichtliche Auswirkungen

Wirtschaft und Gesellschaft	Verkehr	- keine neuen Verkehrsachsen in Vorranggebieten Natur
	Siedlung	- keine Bauten und Anlagen in Vorranggebieten Natur
	Erholung / Wohlfahrt	- Erhaltung und Aufwertung der Erholungsqualität im Kanton - den Schutzziele angepasste Besucherlenkung mit lokaler / zeitlicher Einschränkung von Freizeitaktivitäten, welche Naturobjekte beeinträchtigen
	Soziale Aspekte	- Erlebbarkeit einer hohen Biotopvielfalt und einer reichhaltigen Tier- und Pflanzenwelt - Respektierung der belebten Um- und Mitwelt
	Wirtschaftliche Aspekte	- lokale Wertschöpfung durch hohe Erholungsqualität - Arbeitsplatzerhaltung durch angemessene Abgeltung von Naturschutzleistungen in Land- und Waldwirtschaft
	Voraussichtliche Kosten für den Kanton	- Kostenrahmen gemäss Natur- und Landschaftsschutz-konzept BL

L 3.1 VORRANGGEBIET NATUR

Umwelt	Natur / Landschaft	– Erhaltung und Förderung der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt, ihrer Lebensräume sowie eines vielfältigen, regionaltypischen Landschaftsbildes
	Grundwasser / Boden	– Qualitativ einwandfreie Grundwasseranreicherung aus Vorranggebieten Natur – Schutz der Bodenfläche und der Bodenfunktionen
	Lärm / Luft	– keine

Beschlüsse

Planungsgrundsätze

- a Die Vorranggebiete Natur dienen der langfristigen Erhaltung der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt sowie den vielfältigen, regionaltypischen Landschaften.
- b Die Vorranggebiete Natur sind in ihrer Ausdehnung und in ihrem ökologischen Wert zu erhalten, wo nötig zu erweitern und untereinander zu vernetzen.
- c Die Interessen der Land- und der Waldwirtschaft sind zu berücksichtigen, soweit sie den Schutzzielen der Vorranggebiete Natur nicht widersprechen. Insbesondere soll die fachgerechte Pflege und Nutzung in den Vorranggebieten Natur in enger Partnerschaft mit Land- und Waldwirtschaft angestrebt werden.
- d Die Vorranggebiete Natur sind von neuen Bauten und Anlagen frei zu halten.
- e Bei Zielkonflikten zwischen den Schutzzielen der Vorranggebiete Natur und den Wünschen von Freizeit und Erholung haben die Anliegen des Naturschutzes Vorrang.
- ~~f Bund, Kanton und Gemeinden erhalten und verbessern die Durchgängigkeit der Wildtierkorridore. Sie ergreifen die notwendigen Massnahmen bei:

 - a) Planungen und Vorhaben, welche die Durchgängigkeit tangieren;
 - b) bestehenden Strassen oder Trassees.
 Sie arbeiten dabei mit den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern zusammen.~~

Planungsanweisungen

- a Der Kanton nimmt die Vorranggebiete Natur, soweit sie sich im Wald befinden, in die Waldentwicklungspläne (WEP) auf.
- b Der Regierungsrat nimmt die Naturobjekte von nationaler und regionaler Bedeutung in das Inventar der geschützten Naturobjekte des Kantons Basel-Landschaft auf, nach Möglichkeit im Einvernehmen mit den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern sowie den Einwohnergemeinden.
- c Die Gemeinden stellen die geschützten Naturobjekte gemäss Inventar als orientierenden Inhalt im Zonenplan dar.
- d Der Kanton (BUD/~~VSD~~VGD) nimmt im Rahmen von Foren und Arbeitsgruppen mit den Freizeit- und Sportverbänden allfällige Konfliktpunkte auf und führt diese einvernehmlichen Lösungen zu.
- e Der Kanton erarbeitet ein Konzept zur grossräumigen Vernetzung der Naturräume im Kanton. Insbesondere bezeichnet er jene Gebiete, die im Interesse der grossräumigen Vernetzung möglichst hindernisfrei bleiben oder wieder hergestellt werden sollten. Er schlägt die dazu notwendigen Massnahmen vor.

Örtliche Festlegungen

Festsetzung

- Die Vorranggebiete Natur gemäss Richtplankarte werden, soweit sie das Landwirtschaftsgebiet überlagern, festgesetzt.
- Ersatzstandort Zurlindengrube im Gebiet Klingenthal, Muttenz:
Bei der Aufnahme des Ersatzstandortes in das Inventar der geschützten Naturobjekte von kantonaler Bedeutung ist sicherzustellen, dass die Schiessanlage Lachmatt saniert und gegebenenfalls erweitert werden kann.

Zwischenergebnis

Die Vorranggebiete Natur gemäss Richtplankarte werden, soweit sie sich im Wald befinden, als Zwischenergebnis in den Richtplan aufgenommen.

L 3.4 WILDTIERKORRIDORE (NEU)

Ausgangslage

Die Wildtierkorridore sind die kritischen Bereiche im linearen Vernetzungssystem, das «Wegnetz» für Wildtiere. Sie bezeichnen Engstellen auf den überregionalen Verbindungsachsen, an welchen die Passierbarkeit für Wildtiere mehrheitlich eingeschränkt ist oder verhindert wird, jedoch dauerhaft sichergestellt werden soll. Diese Wildtierkorridore ermöglichen den genetischen Austausch zwischen und innerhalb von Populationen, die artspezifische Populations- und Raumdynamik (z. B. saisonale Wanderungen) und die aktive Ausbreitung zur Erschliessung von neuen oder Wiederbesiedlung von ehemaligen Lebensräumen.

Im Kanton Basel-Landschaft werden die 14 Wildtierkorridore von nationaler sowie die drei kritischsten Wildtierkorridore von regionaler Bedeutung räumlich abgegrenzt. Von diesen 17 Wildtierkorridoren sind nur zwei intakt. Sie weisen keine Unterbrüche durch schwer oder nicht überwindbare Barrieren auf, werden von Tieren regelmässig als durchgehende Verbindung genutzt und bieten ein ausreichendes Angebot an Strukturen und Deckung. Zehn Wildtierkorridore sind in ihrer Funktion beeinträchtigt. Die Leitlinien- und Vernetzungsstrukturen oder Trittsteinbiotope sind verarmt, Tiere müssen breite Streifen von intensiv genutztem Landwirtschaftsland ohne grössere Gehölze oder Hecken queren oder über Bahnlinien und stark befahrene Strassen wechseln. Die restlichen fünf Wildtierkorridore sind durch räumliche Strukturen, insbesondere sehr stark befahrene oder eingezäunte Verkehrsinfrastrukturen, weitgehend unterbrochen.

Die Zielarten der Wildtierkorridore im Kanton sind hauptsächlich Huftiere (Wildschwein, Reh und Rotwild), Raubtiere (Fuchs, Dachs, Luchs, Wildkatze) sowie Kleinsäuger. Mancherorts sind zusätzlich die Gämse und, an Gewässern, der Biber wichtige Zielarten.

Bund und Kantone sind durch internationale Übereinkommen und nationale Gesetze verpflichtet, die Durchlässigkeit der Landschaft für Wildtiere zu gewährleisten.

Ziele

- a Sicherung der Wildtierwanderungen und des genetischen Austausches zwischen den Populationen.
- b Grossräumige Vernetzung der Naturräume, insbesondere der Wildtier-Lebensräume.
- c Den Raumbedarf für die Wildtierkorridore sichern.

Voraussichtliche Auswirkungen

Wirtschaft und Gesellschaft	Verkehr	– Weniger Kollisionen und Unfälle mit Wildtieren
	Siedlung	– Begrenzung der Siedlung
	Erholung / Wohlfahrt	– Ggf. eingeschränkte Freizeitnutzung
	Soziale Aspekte	– Erlebbarkeit von regelmässig genutzten und intakten Wildtierwechsell
	Wirtschaftliche Aspekte	– Keine Einschränkung der ordentlichen landwirtschaftlichen Nutzung, nur Einschränkungen bei der Erstellung von neuen Anlagen und der Ersatz bestehender Anlagen (insbesondere Zäune)
	Voraussichtliche Kosten für den Kanton	– Projekt- bzw. massnahmenabhängig, nicht bezifferbar
	Voraussichtliche Kosten für die Gemeinden	– Projekt- bzw. massnahmenabhängig, nicht bezifferbar (Massnahmen im Rahmen Nutzungsplanungsverfahren, in geringem Umfang Infrastrukturmassnahmen)
Umwelt	Natur / Landschaft	– Erhaltung und Verbesserung der Bewegungs- und Ausbreitungsmöglichkeiten für Wildtiere – Erhaltung und Verbesserung der Lebensraumvernetzung – Verbesserter Austausch zwischen den Populationen
	Grundwasser / Boden	– Keine
	Lärm / Luft	– Keine

L 3.4 WILDTIERKORRIDORE (NEU)

Beschlüsse

Planungsgrundsätze

- a Die Wildtierkorridore sind dauerhaft in ihrer Funktion zu erhalten: die intakten Wildtierkorridore sind zu erhalten, die beeinträchtigten aufzuwerten und die weitgehend unterbrochenen wiederherzustellen.
- b Nutzungsplanungen, die im Hinblick auf die Wildtierkorridore zusätzliche Beeinträchtigungen und Störungen insbesondere durch neue Bauten und Anlagen mit einer Barrierewirkung (z. B. Zäune, Lärmschutzwände, erhebliche Erweiterungen von Bauvolumen und Verkehrsflächen) zur Folge haben, sind nur zulässig, wenn das Vorhaben standortgebunden und von überwiegendem Interesse ist. Dadurch entstehende Beeinträchtigungen sind lokal mit geeigneten Massnahmen zur Erhaltung der Funktionalität der Wildtierkorridore auszugleichen.

Planungsanweisungen

- a Kanton und Gemeinden berücksichtigen die Wildtierkorridore bei ihren raumwirksamen Tätigkeiten, insbesondere bei der Ausscheidung von Bau- oder Spezialzonen oder bei der Planung, Erstellung, Erneuerung und dem Unterhalt von Bauten und Anlagen im Sinne der Planungsgrundsätze. Die dafür notwendigen Massnahmen, auch in Gebieten mit Unfällen oder Kollisionen mit Wildtieren, werden in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachstellen des Kantons und den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer ergriffen.
- b Die VGD beurteilt die Auswirkungen von Vorhaben und Planungen im Bereich der Wildtierkorridore.
- c Die Gemeinden sichern den Raumbedarf der Wildtierkorridore in ihrer Nutzungsplanung
- d Bei Anpassungen in der Nutzungsplanung zeigen Kanton und Gemeinden im erläuternden Bericht auf, wie die Planungsgrundsätze berücksichtigt sind.

Örtliche Festlegungen

Festsetzung

Folgende intakte Wildtierkorridore werden festgesetzt:

- BL13 Ormalingen
- BL19 Waldenburg

Folgende beeinträchtigte Wildtierkorridore werden festgesetzt:

- BL03 Liestal
- BL06 Brislach
- BL14 Gelterkinden
- BL15 Wittinsburg
- BL20 Ziefen
- BL27 Bubendorf
- BL28 Duggingen
- JU4.4 Liesberg
- BLR01 Niederdorf-Hölstein
- BLR03 Therwil

Folgende weitgehend unterbrochene Wildtierkorridore werden festgesetzt:

- BL01 Pratteln
- BL07 Zwingen
- BL10 Thürnen
- BL11 Tenniken
- BLR02 Breitenbach

L 4 FREIZEIT, ERHOLUNG UND SPORT

L 4.1 AUSFLUGSZIELE IM JURA

Ausgangslage

Der Kanton Basel-Landschaft ist kein Tourismuskanton im herkömmlichen Sinn. Er ist vielmehr ein Naherholungsgebiet - auch für den Kanton Basel-Stadt und die umliegenden Kantone. Seine Qualitäten liegen in der landschaftlichen Vielfalt, die durch ein gutes Wanderwegnetz erschlossen ist.

Bereits der Regionalplan Landschaft von 1980 hat eine Reihe von Ausflugszielen im Jura bezeichnet mit der Zielsetzung, die Erholung im Jura derart zu fördern, dass die einzigartige Juralandschaft weiterhin als unbeschädigter Landschaftsraum erhalten bleibt und ihre zahlreichen Aufgaben erfüllen kann.

An dieser Zielsetzung resp. an diesen Nutzungsmöglichkeiten wird weiterhin festgehalten. Die im Regionalplan Landschaft örtlich festgelegten Ausflugsziele wurden aufgrund der heute bestehenden Angebote überarbeitet und mit dem Laufental ergänzt.

Ziele

- a Die Förderung des Tourismus im Baselbiet ist mit raumplanerischen Massnahmen zu unterstützen.
- b Die Infrastruktur für einen sanften Tourismus soll sichergestellt werden.
- c Mit der Festlegung der Ausflugsziele im Jura soll die Nutzung bereits bestehender Bauten und Anlagen für Verpflegung und Ausflugsbetrieb ermöglicht werden.
- d Gleichzeitig sind die übrigen Gebiete von derartigen Bauten und Anlagen freizuhalten.

Voraussichtliche Auswirkungen

Wirtschaft und Gesellschaft	Verkehr	– Konzentration auf einzelne Routen
	Siedlung	– keine
	Erholung / Wohlfahrt	– Erhaltung von attraktiven Erholungsgebieten
	Soziale Aspekte	– nicht beurteilbar
	Wirtschaftliche Aspekte	– Wertschöpfung durch touristische Angebote
	Voraussichtliche Kosten für den Kanton	– keine
Umwelt	Natur / Landschaft	– Beschränkung von Bauten und Anlagen des Ausflugsbetriebs auf bestimmte Gebiete
	Grundwasser / Boden	– keine
	Lärm / Luft	– keine

L 4.1 AUSFLUGSZIELE IM JURA

Beschlüsse

Planungsgrundsätze

- a Ausflugsziele im Jura dienen in erster Linie als Verpflegungsmöglichkeiten in einem Wandergebiet. Sie können Bauten und Anlagen für den Ausflugsbetrieb umfassen. Bauten und Anlagen müssen der Öffentlichkeit offen stehen und einem regionalen Bedarf entsprechen.
- b Voraussetzung für die Bewilligung von Bauten und Anlagen ist die Ausweisung einer Spezialzone gemäss kantonalem Raumplanungs- und Baugesetz.
- c Bei Ausflugszielen, die in Vorranggebieten Natur und Landschaft liegen, gelten für die Einpassung der Bauten und Anlagen erhöhte Anforderungen.

Planungsanweisungen

Der Kanton und die Gemeinden sorgen dafür, dass die Ausflugsziele im Jura an das kantonale Wanderwegnetz angeschlossen werden.

Örtliche Festlegungen

Festsetzung

Als Ausflugsziele im Jura gemäss Richtplankarte werden im Sinne einer Fortschreibung in den Richtplan aufgenommen:

- Chlus, Aesch
- ~~Blauen Reben, Blauen~~
- Stierenberg, Bretzwil
- Waldgrotte, Buus
- Bergmattenhof, Dittingen
- Oberbölchen, Eptingen
- Chall, Eptingen
- Bad Ramsach, Häfelfingen
- Leuenberg, Hölstein
- Obetsmatt, Lampenberg
- Dürstel, Langenbruck
- Bärenwil, Langenbruck
- Bachtelen, Langenbruck
- Vogelberg, Lauwil
- Bad Schauenburg, Liestal
- Schleifenberg, Liestal
- Bienenberg, Liestal
- Sichtern, Liestal
- Sonnenberg, Maisprach
- Fuchsfarm, Oberdorf
- Schafmatt, Oltingen
- Farnsburg, Ormalingen
- Eggliigraben, Pratteln
- Asphof, Rothenfluh
- Bad, Rothenfluh
- Alpbad, Sissach
- Sissacher Fluh, Sissach
- Waldweid, Waldenburg
- Wasserfallenhof, Waldenburg
- Staffel, Zeglingen

V 3 LANGSAMVERKEHR / WEGNETZE

V 3.1 KANTONALE RADROUTEN

Ausgangslage

Am 7. Mai 1987 beschloss der Landrat den Regionalplan "Radrouten im Kanton Basel-Landschaft". Am 29. Oktober 1998 hat der Landrat den revidierten und ergänzten Regionalplan Radrouten unter Miteinbezug des Bezirkes Laufen beschlossen. Gleichzeitig wurde der dritte Rahmenkredit bewilligt, um die letzte Etappe des Radroutennetzes zu realisieren. Vom gesamten Netz von 297 km sind bisher rund 200 km ausgebaut und mit Wegweisern ausgeschildert.

Die kantonalen Radrouten dienen primär dem täglichen Veloverkehr. Die Linienführung muss deshalb möglichst direkt und hindernisfrei für eine zügige Fahrweise bei guter Verkehrssicherheit gewählt werden. Das Radroutennetz umfasst die wichtigen Längsachsen in den Tälern des Kantons sowie die Querverbindungen dazu. Sämtliche Routen werden bis zu den Kantons- bzw. Landesgrenzen geführt und finden ihre Fortsetzung in den Nachbarkantonen, sei dies in Basel-Stadt, im hinteren Leimental, bei den Juraübergängen oder in Richtung Fricktal.

Das kantonale Radroutennetz wird von nationalen und regionalen touristischen Routen ergänzt. Diese Routen basieren auf den Angaben der Stiftung "Veloland Schweiz" für die Schweizer Radwanderwege sowie der Radwanderkarte der Region Nordwestschweiz, Oberelsass und Südlicher Schwarzwald mit dem Dreiland-Radweg. Andererseits wird das Kantonsnetz aber auch in diversen Gemeinden durch lokale, feingliedrige kommunale Radrouten ergänzt und verfeinert.

Gemäss § 6 Abs. 2 des kantonalen Strassengesetzes sind die Radrouten nach der Fertigstellung Bestandteil des Gemeindestrassennetzes. Die bauliche und betriebliche Gestaltung wird vielmals aufgrund der örtlichen Gegebenheiten und Anforderungen sowie gestützt auf die Projektierungsrichtlinien für die Radrouten im Kanton Basel-Landschaft im Rahmen der Projektierung definiert. Dabei gilt für Konfliktstellen der Grundsatz, Massnahmen nach Möglichkeit sowohl für routinierte als auch für weniger verkehrsgewohnte Radfahrer zu treffen.

Ziele

- a Der Langsamverkehr ist zu fördern. Er benötigt dazu sichere, direkte und attraktive Netze.
- b Für eine ökologisch sinnvolle Mobilität sind die räumlichen Voraussetzungen weiterzuentwickeln.
- c Mit dem Veloverkehr soll eine nachhaltige und gesunde Mobilität im Kanton Basel-Landschaft gezielt gefördert werden.
- d Die Verkehrssicherheit ist gezielt zu verbessern.
- e Das kantonale Radroutennetz ist möglichst rasch zu realisieren.

V 3.1 KANTONALE RADROUTEN

Voraussichtliche Auswirkungen

Wirtschaft und Gesellschaft	Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> – Förderung einer nachhaltigen und gesunden Mobilität – Förderung des Veloverkehrs
	Siedlung	<ul style="list-style-type: none"> – Schutz der Wohngebiete vor schädlichen oder lästigen Einwirkungen wie Luftverschmutzung, Lärm und Erschütterungen – Schaffung und Erhalt von sicheren Radrouten insbesondere für den Bereich zwischen 3 - 5 km
	Erholung / Wohlfahrt	<ul style="list-style-type: none"> – Gesundheitsförderung
	Soziale Aspekte	<ul style="list-style-type: none"> – Verbesserung der Erreichbarkeit der öffentlichen Bauten und Anlagen – Förderung der sozialen Kontakte unter den BewohnerInnen
	Wirtschaftliche Aspekte	<ul style="list-style-type: none"> – Primär: Erschliessung von Räumen des täglichen Verkehrs – Sekundär: Tourismusförderung
	Voraussichtliche Kosten für den Kanton	<ul style="list-style-type: none"> – Okt. 1998: Rahmenkredit 3. Etappe 25 Mio. CHF (inkl. Einbezug des Laufentals)
Umwelt	Natur / Landschaft	<ul style="list-style-type: none"> – kein Gefährdungspotenzial
	Grundwasser / Boden	<ul style="list-style-type: none"> – kein Gefährdungspotenzial
	Lärm / Luft	<ul style="list-style-type: none"> – Entlastung anderer Verkehre / Verminderung der Emissionen – lautlose Fortbewegungsart / Mobilität

Beschlüsse

Planungsgrundsätze

Der Langsamverkehr ist zu fördern. Er benötigt dazu sichere, direkte und attraktive Netze.

Planungsanweisungen

- a Der Kanton stellt das Radroutennetz (auf der Basis des Radroutenplans von 1998) bis 2020 fertig und optimiert es weiter.
- b Verkehrsintensive Einrichtungen sind soweit möglich über kantonale Radrouten zu erschliessen.
- c Der Kanton signalisiert das Netz der kantonalen Radrouten und sorgt für den Unterhalt der Signalisation.

Örtliche Festlegungen

Festsetzung

- Das Radroutennetz gemäss der Richtplankarte Verkehrsinfrastruktur wird festgesetzt.
- Geringfügige Optimierungen der Lage des Radroutennetzes, ohne Änderung der Ausgangs- und Zielorte bzw. der angebundenen Siedlungsgebiete, werden im Rahmen von Fortschreibungen in den Richtplan aufgenommen.

V 3.2 WANDERWEGE

Ausgangslage

Das Wanderwegnetz im Kanton Basel-Landschaft umfasst rund 1'100 km. Gemäss Bundesauftrag haben die Kantone dafür zu sorgen, dass die Wanderwege unterhalten und gekennzeichnet werden, dass diese Wege möglichst frei und gefahrlos begangen werden können und dass der öffentliche Zugang rechtlich gesichert ist.

Mit Beschluss vom 6.12.1993 hat der Landrat den Regionalplan Fuss- und Wanderwege mit zugehörigem Dekret genehmigt (in Kraft seit 1.1.1994). Mit Beschluss vom 18.9.1997 erfolgte die Ergänzung mit den Teilplänen für den Bezirk Laufen (in Kraft seit 1.1.1998).

Mit dem Erlass des Richtplanes wurden der Regionalplan Fuss- und Wanderwege und das dazugehörige Dekret aufgehoben. Die Bestimmungen betr. der Wanderwege wurden in den Richtplan und das vorliegende Objektblatt integriert.

Mit Beschluss vom 31. März 2011 hat der Landrat einem Verpflichtungskredit für die Überprüfung und Neusignalisation des Wanderwegnetzes zugestimmt. Entsprechend den Qualitätszielen, wie sie für das Wanderwegnetz in der Schweiz definiert sind, ist auch für das Baselbieter Wanderwegnetz die Qualitätssteigerung das Hauptziel. Dies bedeutet: attraktivere Wegführungen, weniger Hartbelagsflächen, bessere Anbindung an den öffentlichen Verkehr, eindeutige und klare Signalisation. Dabei ist nicht auszuschliessen, dass das bestehende Wanderwegnetz in seiner Gesamtheit reduziert wird, da Parallelrouten und Redundanzen eliminiert werden. Auf eine eigentliche Erweiterung des Wanderwegnetzes wird bewusst verzichtet.

Für die Überprüfung des Wanderwegnetzes wird der Kanton in mehrere zusammenhängende Wandergebiete unterteilt, die jeweils separat bearbeitet werden. Die neuen resp. überarbeiteten Wanderwegnetze liegen für das Laufental und den Bezirk Arlesheim westlich der Birs sowie für die Gemeinden rund um den Gempen wurden mit der Richtplan-Anpassung 2012 genehmigt vor. Für die restlichen Planungsgebiete Nord, Frenke und Süd liegen nun ebenfalls überarbeitete Wanderwegnetze vor.

Ziele

- Der Langsamverkehr ist zu fördern. Er benötigt dazu sichere, direkte und attraktive Netze.
- Ein zusammenhängendes markiertes Wanderwegnetz soll aufgebaut und unterhalten werden.
- Das Wanderwegnetz soll möglichst frei und gefahrlos begehbar sein. Der Hartbelagsanteil soll ausserorts auf maximal 10% begrenzt sein.
- Bei neuen Wanderwegen ist auf sensible Gebiete Rücksicht zu nehmen.

Voraussichtliche Auswirkungen

Wirtschaft und Gesellschaft	Verkehr	– Beitrag für eine nachhaltige und gesunde Mobilität in der Region Basel
	Siedlung	– keine
	Erholung / Wohlfahrt	– Erschliessung von Räumen für die Extensiverholung – Gesundheitsförderung
	Soziale Aspekte	– Naherholung, Begegnungsmöglichkeiten
	Wirtschaftliche Aspekte	– Tourismusförderung – mögliche Konflikte zu Interessen der Landwirtschaft (Verteerung von Hofer-schliessungen)
	Voraussichtliche Kosten für den Kanton	– ca. 80'000 – 90'000 60'000 CHF pro Jahr für Markierung (gemäss Leistungsvereinbarung Amt für Raumplanung-Wanderwege beider Basel)
Umwelt	Natur / Landschaft	– zu intensive Nutzung bei Feuerstellen möglich
	Grundwasser / Boden	– keine
	Lärm / Luft	– keine

V 3.2 WANDERWEGE

Beschlüsse

Planungsgrundsätze

- a Wanderwege mit Hartbelag ausserhalb der Baugebiete sind nach Möglichkeit durch vorhandene oder neu zu schaffende Wege ohne Hartbelag zu ersetzen. Wanderwege ausserhalb der Baugebiete, die neu auf einer grösseren Strecke mit Hartbelag versehen werden, sind zu ersetzen.
- b Wanderwege stehen dem Motorfahrzeugverkehr grundsätzlich nicht offen; ausgenommen sind Fahrzeuge der Land- und Waldwirtschaft sowie der öffentlichen Dienste.
- c Wanderwegverbindungen auf stark befahrenen Strassen oder auf Strassen, die für den Motorfahrzeugverkehr geöffnet werden müssen und bei denen keine verkehrsberuhigenden Massnahmen die Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger gewährleisten, sind nach Möglichkeit durch vorhandene oder neu zu schaffende Wege zu ersetzen.
- d Historische Verkehrswege ausserhalb des Baugebietes, die sich als Wanderwege eignen, sind in das Wanderwegnetz einzubeziehen.

Planungsanweisungen

- a Die Gemeinden übernehmen die im Richtplan festgesetzten Wanderwege in ihren Strassennetzplan bis spätestens 2015. Sie erweitern dazu ihre Strassennetzpläne über das ganze Gemeindegebiet und passen ihre Strassenreglemente an.
- b Der Kanton (BUD/VGD) nimmt im Rahmen von Foren und Arbeitsgruppen mit den Freizeit- und Sportverbänden den Konfliktpunkt Biken/Wandern auf und führt diesen einvernehmlichen Lösungen zu.
- c Die in den Waldentwicklungsplänen dargestellten Wanderwege sind pauschal nachzuführen.

Örtliche Festlegungen

Festsetzung

- Die Wanderwege gemäss Richtplankarte Verkehrsinfrastruktur werden festgesetzt.
- Die in Zusammenarbeit und Abstimmung mit einer Gemeinde vorgenommenen Änderungen am Wanderwegnetz werden im Sinne einer Fortschreibung in den Richtplan aufgenommen.

VE 1 VERSORGUNG

VE 1.2 ABBAU

Ausgangslage

Die Wirtschaft ist auf Rohstoffe angewiesen. Der Kanton Basel-Landschaft hat jedoch mit Ausnahme des Laufentals keine bedeutende Abbautradition bei Steinen und Erden. Eine Selbstversorgung war nie möglich.

Salz dagegen ist einer der bedeutendsten Bodenschätze des Kantons. Das in Pratteln und Rheinfeldern gewonnene Salz deckt nahezu den gesamten Schweizer Markt ab.

Der Abbau von Steinen und Erden führt zwangsläufig zu massiven Eingriffen in die Landschaft, zu erheblichen Belastungen der Umwelt sowie zu Konflikten mit den verschiedensten Schutz- und Nutzungsansprüchen im Raum. Deshalb ist eine Interessenabwägung notwendig.

Grössere Abbauvorhaben müssen deshalb zwingend in der Richt- und Nutzungsplanung behandelt werden. Bei Abbauvorhaben, deren Volumen mehr als 300'000 m³ beträgt, muss zudem eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. Bei kleineren, lokalen Vorhaben genügt es, die notwendige Interessenabwägung im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens vorzunehmen.

Der Abbau von Steinen und Erden im Kanton Basel-Landschaft erfolgt aufgrund des rechtskräftigen Abbaukonzepts Laufental, das vom Kanton Bern 1993 genehmigt wurde. Das Laufental ist der einzige Standort mit Abbau von Steinen und Erden von regionaler oder überregionaler Bedeutung im Kanton.

Der Kiesabbau erfolgt im Kanton Basel-Landschaft nur noch in der Kiesgrube Chlingental (Muttenz / Pratteln). Hier bestehen weitere Kiesvorkommen für die Erweiterung des Abbaustandorts.

Ziele

- Neue Materialabbaustellen sind unter Berücksichtigung der Interessen von Natur-, Landschafts-, Grundwasser- und Umweltschutz sowie Siedlung, Wald und Landschaft zu planen und zu bearbeiten.
- Mit der Einhaltung der definierten Verfahren sollen raum- und umweltverträgliche Abbaustandorte geplant und realisiert werden können.

Voraussichtliche Auswirkungen

Wirtschaft und Gesellschaft	Verkehr	– Mehrverkehr (LKW) in der Nähe der Abbaustellen
	Siedlung	– keine
	Erholung / Wohlfahrt	– keine
	Soziale Aspekte	– keine
	Wirtschaftliche Aspekte	– abnehmende Bedeutung
	Voraussichtliche Kosten für den Kanton	– keine
Umwelt	Natur / Landschaft	– teilweise starke Beeinträchtigung des Landschaftsbilds – potenzielle neue Standorte für Amphibien, Reptilien und Pflanzen
	Grundwasser / Boden	– Wiederherstellung der Bodenfunktionen im Anschluss an die Nutzung nötig
	Lärm / Luft	– Beurteilung im Einzelfall

VE 1.2 ABBAU

Beschlüsse

Planungsgrundsätze

- a Vor der Ausscheidung neuer Abbaustandorte ist die Erweiterung der bestehenden Standorte zu prüfen.
- b Neue Abbaustandorte für Steine und Erden richten sich nach dem Abbaukonzept Laufental (1993). Der Kiesabbau konzentriert sich auf den Standort Chlingental (MuttENZ / Pratteln).
- c Neue Abbauvorhaben und Erweiterungen bestehender Abbaustandorte, deren Gesamtvolumen mehr als 100'000 m³ beträgt, bedürfen einer Festsetzung im kantonalen Richtplan. Im Anschluss an die Festsetzung ist im Rahmen des Nutzungsplanverfahrens eine Abbauzone gemäss kantonaalem Raumplanungs- und Baugesetz auszuscheiden.
- d Für neue Abbauvorhaben und Erweiterungen bestehender Abbaustandorte, deren Gesamtvolumen zwischen 10'000 m³ und 100'000 m³ beträgt, ist im Rahmen des Nutzungsplanverfahrens eine Abbauzone gemäss kantonaalem Raumplanungs- und Baugesetz auszuscheiden.
- e Neue Abbauvorhaben und Erweiterungen bestehender Abbaustandorte, deren Gesamtvolumen weniger als 10'000 m³ beträgt und die primär der lokalen Versorgung dienen, können im Rahmen des Baubewilligungsverfahren und mit einer Ausnahmegewilligung gemäss Art. 24 RPG bewilligt werden.
- f Neue Abbaustandorte sind in den Vorranggebieten Natur und Landschaft nur dort möglich, wo die zentralen Natur- und Landschaftswerte nicht beeinträchtigt werden, oder aber unter der Bedingung, dass durch den Abbau (und ev. die Folgenutzung) eine nachweisliche ökologische Verbesserung entsteht.

Örtliche Festlegungen

Festsetzung

Folgende Abbaustandorte gemäss Richtplan-Gesamtkarte werden festgesetzt:

- Erweiterung Abbaustandort Müsch (Wahlen) (Tonabbau)
- **Neuer Abbaustandort Langematten (Laufen) (Tonabbau)**

Zwischenergebnis

Folgender Abbaustandort wird als Zwischenergebnis in den Richtplan aufgenommen:

- Erweiterung Abbaustandort Kiesgrube Chlingental (MuttENZ / Pratteln)

Vororientierung

Folgender Abbaustandort wird als Vororientierung in den Richtplan aufgenommen:

- Neuer Abbaustandort Fiechten (Brislach) (Tonabbau)

VE 3 ENTSORGUNG

VE 3.1 DEPONIEN

Ausgangslage

Mit der Umsetzung der Verbrennungspflicht in der ganzen Schweiz erhielten Deponien mehr und mehr den Status von Endlagern für stabile, wenig umweltgefährdende Abfälle. Zudem wurde in vielen Bereichen die Verwertung stark ausgebaut, sodass auch die Menge der zu deponierenden Abfälle tendenziell sinkt. Trotzdem werden Deponien auch künftig ein wichtiges Element der Abfallbewirtschaftung bleiben. Dies gilt speziell für nicht verwertbare mineralische Bauabfälle und für belastetes sowie unverschmutztes Aushubmaterial. Der Trend zu einer verdichteten Bauweise führt zu einer Zunahme dieser Abfallkategorien. Somit müssen die erforderlichen Standorte rechtzeitig raumplanerisch gesichert werden. Eine sichere Abfallentsorgung bildet auch eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Standortgunst.

Gemäss Art. 31 des Bundesgesetzes vom 7. Oktober 1983 über den Umweltschutz (USG) ~~und Art. 17 der Technischen Verordnung über Abfälle (TVA) bestimmen die Kantone die Standorte der Abfallanlagen, insbesondere der Deponien und der wichtigen anderen Abfallanlagen~~ müssen die Kantone eine Abfallplanung erstellen und den Bedarf an Abfallanlagen (dazu zählen auch Deponien) ausweisen. ~~Sie weisen die vorgesehenen Standorte in ihren Richtplänen aus und sorgen für die Ausweisung der erforderlichen Nutzungszonen. Die TVA kennt drei Deponietypen: Inertstoff-, Reststoff- und Reaktordeponien.~~ Diese Pflicht wird in Art. 4 und Art. 5 der Abfallverordnung (VVEA) konkretisiert und zudem wird die Koordination mit der Raumplanung geregelt. Kantone müssen in der Deponieplanung vorgesehene Standorte von Deponien in ihren Richtplänen ausweisen und für die Ausscheidung der erforderlichen Nutzungszonen sorgen. Die VVEA kennt fünf Deponietypen (A bis E). Der Deponietyp gibt die zur Ablagerung zugelassenen Abfälle vor.

Mit der Deponieanlage "Elbisgraben" steht im Kanton eine grosse Deponie mit separaten Kompartimenten vom Typ C, D und E zur Verfügung. Auf dieser Deponie werden nicht verwertbare und nicht brennbare Reststoffe (Typ C), Verbrennungsrückstände wie Schlacke aus der Kehrichtverbrennung und Klärschlammasche (Typ D) sowie belastete Abfälle u.a. aus dem Baubereich (Typ E) abgelagert. Die Deponieanlage wird laufend weiterentwickelt, so dass das Deponievolumen optimal genutzt werden kann. Gemäss heutigem Kenntnisstand genügt das verfügbare Restvolumen für den Zeitraum der nächsten 20 bis 30 Jahre, sodass vorderhand keine Massnahmen für eine zusätzliche Standortsicherung erforderlich sind.

Im Bereich der ~~Inertstoffdeponien~~ Deponien Typ A (unverschmutztes Aushubmaterial) und Typ B (Inertstoffe) hat der Regierungsrat 1998 mit dem "Konzept für die Aushub- und Bauschuttentsorgung im Kanton Basel-Landschaft" die Grundsätze und die Verfahrensabläufe für die künftige Entsorgung festgelegt. ~~In den Teilregionen 3 und 5 sind die entsprechenden Inertstoffdeponie-Standorte ("Höli", Liestal, "Asphof/Humbelsrain", Rothenfluh, "Strickrain", Sissach) auf Richtplan-Stufe festgesetzt worden. In weiteren Teilregionen sind verschiedene Planungen im Gange. Inertstoffdeponien, bei denen das Nutzungsplanverfahren abgeschlossen ist, werden als Ausgangslage dargestellt.~~ In verschiedenen Teilregionen sind die entsprechenden Deponiestandorte bereits vorhanden (in der Richtplan-Gesamtkarte als Ausgangslage dargestellt) oder auf Richtplan-Stufe festgesetzt worden (vgl. örtliche Festlegungen). Per Ende 2016 bestand im Kanton ein bewilligtes Restvolumen für Deponien Typ A und Typ B von rund 2,4 Mio. m³ (fest) resp. resp. 3,5 Mio m³ (inkl. Erweiterung Strickrain 2018). In den Materialentnahmestellen besteht ein Restvolumen von rund 0,4 Mio m³.

In den Jahren 2014-2016 wurden im Durchschnitt im Kanton rund 500'000 m³ (fest) Material des Typs A und des Typs B abgelagert. In den letzten Jahren wurden rund 75% des Materials Typ B der Deponie Höli in Liestal zugeführt. Zudem können derzeit jährlich 200'000-400'000 m³ unverschmutztes Aushubmaterial zur Rekultivierung von Kiesgruben im grenznahen Ausland exportiert werden. Ausgehend von diesen Erfahrungswerten zusammen mit einem Zuschlag für Unvorhergesehenes und Grossprojekte ergibt sich in der Summe für einen Zeitraum von 15-20 Jahren ein kantonaler Deponievolumen-Bedarf (Typ A und B) von ca. 15,5-18 Mio. m³ (fest). Sollten die Exportmöglichkeiten für unverschmutztes Aushubmaterial begrenzt oder aufgehoben werden, vergrössert sich der Deponievolumenbedarf entsprechend.

Nach Abschluss der Deponiestandortsuche im westlichen und im östlichen Kantonsteil sollen weitere Deponiestandorte richtplanerisch festgelegt werden. Mit den Erweiterungen der Standorte Höli/Liestal, Bruggtal/Bennwil und Elbisgraben/Füllinsdorf sowie den neu festgesetzten Standorten in Hölstein, Sissach, Diegten und Blauen/Zwingen resultiert ein potenzielles Deponievolumen von 20-24 Mio. m³. Dabei ist zu beachten, dass auf der Stufe des behördenverbindlichen Richtplans (Maststab 1:50'000) die festzulegenden Standorte lediglich mit einer Punktsignatur dargestellt werden. Erst in der Nutzungsplanung und im Rodungsverfahren werden die Deponieperimeter grundeigentumsverbindlich festgelegt und somit das jeweils konkrete Deponievolumen bestimmt. Die Summe des in den Nutzungsplänen festgelegten Deponievolumens soll im Sinne des Raumplanungsgesetzes des Bundes umfangmässig den kantonalen Deponiebedarf nicht übersteigen.

VE 3.1 DEPONIEN

Ziele

- Die für Deponien geeigneten Gebiete sind aufgrund eines regional abgestützten Evaluationsverfahrens zu bezeichnen. Die Interessen von Natur-, Landschafts-, Grundwasser- und Umweltschutz sowie von Siedlung, Wald und Landschaft sind dabei zu berücksichtigen.
- Die Menge der zu deponierenden Abfälle soll möglichst gering sein.
- Für die zu deponierenden Abfälle sind im Sinne der Vorsorge gesetzeskonforme Deponiemöglichkeiten sicher zu stellen.
- Mit der Einhaltung der im Konzept für die Aushub- und Bauschuttentsorgung definierten Verfahren sollen raum- und umweltverträgliche ~~Inertstoff~~-Deponie-Standorte **Typ A und B** geplant und realisiert werden können.

Voraussichtliche Auswirkungen

Wirtschaft und Gesellschaft	Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> – Zunahme des LKW-Verkehrs in der Nähe der Deponien – Optimierung von Transportdistanzen und Beschränkung des lokalen Verkehrsaufkommens durch Inertstoffdeponien-Deponien Typ A und B in den Teilregionen
	Siedlung	– mögliche Beeinträchtigung durch LKW-Verkehr
	Erholung / Wohlfahrt	– keine
	Soziale Aspekte	– keine
	Wirtschaftliche Aspekte	– Sicherung der Entsorgungsmöglichkeiten (insbesondere für den Bausektor)
	Voraussichtliche Kosten für den Kanton	– keine
Umwelt	Natur / Landschaft	– temporäre Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und des Waldareals
	Grundwasser / Boden	– Beurteilung im Einzelfall
	Lärm / Luft	– Beurteilung im Einzelfall

Beschlüsse

Planungsgrundsätze

- Bei der Festlegung des Deponiebedarfs sind die verfügbaren Möglichkeiten zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen zu berücksichtigen.
- Zur Optimierung von Transportdistanzen und zur Beschränkung des lokalen Verkehrsaufkommens hat die Planung von Deponiestandorten innerhalb verkehrsmässig zusammenhängender Teilregionen zu erfolgen. Dabei ist gegebenenfalls eine Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen anzustreben.
- Die Deponien sollen grundsätzlich der Wirtschaftsregion Basel dienen.**
- Das anzuwendende Evaluationsverfahren wird durch den Regierungsrat im Konzept für die Aushub- und Bauschuttentsorgung festgelegt.
- Standorte für ~~Inertstoff~~Deponien bedürfen einer Festsetzung im kantonalen Richtplan. Im Anschluss an die Festsetzung ist im Rahmen des Nutzungsplanverfahrens eine entsprechende Spezialzone auszuscheiden.
- Grundsätzlich sollen zuerst Erweiterungsmöglichkeiten bei bestehenden Deponiestandorten ausgeschöpft werden. Erst in zweiter Priorität sollen neue Standorte festgelegt werden. Diese sollen ein grosses Volumen mit möglichst hoher Bodennutzungseffizienz (BNE, m³/m²) aufweisen.**

Planungsanweisungen

- In Regionen mit ungenügenden Möglichkeiten für die Ablagerung von Inertstoffen und überschüssigem Aushub (insbesondere Bezirk Arlesheim) sucht der Kanton in Abstimmung mit den Gemeinden, den Nachbarkantonen und dem grenznahen Ausland nach geeigneten Standorten zur Sicherung des regionalen Bedarfs.

- b Das Konzept für die Aushub- und Bauschuttentsorgung im Kanton Basel-Landschaft ist periodisch zu überprüfen und zu aktualisieren und in Regionen mit Handlungsbedarf anzupassen.
- c Der Kanton stellt sicher, dass im Rahmen der Nutzungsplanverfahren nur so viel Deponievolumen genehmigt wird, wie es dem kantonalen Gesamtbedarf für die kommenden 15-20 Jahre entspricht.
- d Kanton und Gemeinden stellen in ihrer Nutzungsplanung sicher, dass nach Abschluss der Deponie mittels Rekultivierungsmassnahmen die Bewirtschaftungsflächen sowie die Qualität des Bodens in vollem Umfang wieder hergestellt werden.

Örtliche Festlegungen

Festsetzung

Folgende ~~Inertstoffdeponie-Standorte~~ Standorte für Deponie Typ B (Inertstoffe) gemäss Richtplan-Gesamtkarte werden festgesetzt:

- "Höli", Liestal (Landratsbeschluss vom 14.12.2000; genehmigt durch UVEK am 2.8.2001), Erweiterung um maximal 10 Mio. m³
- ~~"Asphof/Humbelsrain", Rothenfluh (Landratsbeschluss vom 27.3.2003; genehmigt durch UVEK am 18.8.2004)
Als Einzugsgebiet für die Inertstoffdeponie "Asphof/Humbelsrain" gilt in der Regel der Bezirk Sissach. Die Erteilung der Baubewilligung und Betriebsbewilligung setzt verkehrstechnische Massnahmen voraus, welche den Sicherheitsbedürfnissen der schwächeren Verkehrsteilnehmer und teilnehmerinnen (Schulkinder, VelofahrerInnen, usw.) Rechnung tragen.~~
- "Strickrain", Sissach (Landratsbeschluss vom 5.2.2004; genehmigt durch UVEK am 20.9.2004)
- ~~"Eichenkeller", Reigoldswil (Erweiterung um 300'000 m³).
Das Projekt für die Inertstoffdeponie 'Eichenkeller' soll so etappiert werden, dass bei fehlenden oder zu geringfügigen Ablagerungsmengen ein Abschluss der Deponie und eine fachlich korrekte Rekultivierung des Areals bei einer Deponiegrösse von ca. 150'000 m³ möglich bleibt.~~
- "Elbisgraben", Füllinsdorf / Liestal (Landratsbeschluss vom 14.12.2000; genehmigt durch UVEK am 2.8.2001)
Der Standort "Elbisgraben" ist als Nachfolgestandort der Deponie "Höli", Liestal weiterzubearbeiten.
- "Bruggtal", Bennwil

Folgende Standorte für Deponie Typ A (unverschmutztes Aushubmaterial) gemäss Richtplan-Gesamtkarte werden festgesetzt:

- "Baholde", Hölstein
- "Isental", Diegten
- "Tannenried", Sissach
- "Schäftlete/Chlus", Blauen/Zwingen

Im Rahmen der Nutzungsplanung ist die Durchlässigkeit der Verbindungsachse des Wildtierkorridors BL07 sicherzustellen.

Zwischenergebnis

~~Folgende Inertstoffdeponie-Standorte gemäss Richtplankarte werden als Zwischenergebnis aufgenommen:~~

- ~~"Elbis Nord", Füllinsdorf/Liestal (Landratsbeschluss vom 14.12.2000; genehmigt durch UVEK am 2.8.2001)
Der Standort "Elbis Nord" ist als Nachfolgestandort der Inertstoffdeponie "Höli", Liestal bzw. bei einem Verzicht auf deren Realisierung für die Teilregion 3 weiterzubearbeiten~~

VE 3.2 ABWASSER (NEU)

Ausgangslage

Die Kläranlagenbetreiber (Amt für Industrielle Betriebe und Zweckverband Abwasserregion Laufental-Lüsseltal) sorgen im Wesentlichen mit sieben regionalen Abwasserreinigungsanlagen (ARA) für die Abwasserreinigung im Kanton. Zudem betreibt das Amt für Industrielle Betriebe noch 22 lokale ARA, die das Abwasser von einzelnen Gemeinden mit weniger als 1'000 Einwohnern behandeln. Für einen Grossteil dieser Anlagen konnte die Betriebssicherheit in den vergangenen 40 Jahren ohne grössere Investitionen sichergestellt werden. Es sind jedoch an diversen Standorten mittel- bzw. langfristig grosse Instandhaltungs- und Erweiterungsmassnahmen notwendig.

Gemäss Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer sorgen die Kantone für die Erstellung der öffentlichen Kanalisation und der zentralen Anlagen zur Reinigung von verschmutztem Abwasser. Laut eidgenössischer Gewässerschutzverordnung und der dazugehörenden Vollzugshilfe müssen die Inhaber von Abwasseranlagen die Anlagen in funktionstüchtigem Zustand erhalten.

Die dafür notwendigen strategischen Grundlagen sowie die Anlagen zur Ableitung, Speicherung und Reinigung von Abwasser (kant. Gewässerschutzgesetz § 6 Abs. 1) erstellen die Kläranlagenbetreiber abgestimmt mit der kantonalen Aufsichtsbehörde (Amt für Umweltschutz und Energie) auf Basis rechtskräftiger Genereller Entwässerungspläne (GEP). Auf dieser Grundlage sollen die Kläranlagenbetreiber neben den bisherigen Mischwasserbecken (MWB) auch Schmutzwasserspeicher (SWS) erstellen können, die bei Regenwetter oder gefüllten MWB speziell verschmutztes Abwasser (z.B. von Industrie- und Gewerbebetrieben) solange auffangen, bis im Kanalisationsnetz und auf den Kläranlagen wieder freie Kapazitäten verfügbar sind.

Hinsichtlich der vorgesehenen Elimination von Mikroverunreinigungen sind ARA-Zentralisierungen und der Bau von Schmutzwasserspeicher wirtschaftlich sinnvollen Massnahmen und von hohem Nutzen.

Vor Sanierungen oder grösseren Unterhaltsarbeiten werden die Wirtschaftlichkeit und die Umweltauswirkungen des ARA-Weiterbetriebes einer Aufhebung und Ableitung des Abwassers auf eine grössere (regionale) Kläranlage gegenübergestellt. Die Reinigungsleistung einer grossen Kläranlage ist in der Regel deutlich besser. Gleichzeitig sind die spezifischen Kosten pro angeschlossenen Einwohner signifikant geringer. Daher verfolgt das Amt für Industrielle Betriebe die Zentralisierung der ARA. Diese Entwicklung spiegelt sowohl nationale als auch internationale Trends wieder.

Ziele

- a Projektentscheide sind darauf auszurichten, dass die gesetzlichen Ziele für die Lebensgemeinschaften, die Hydrodynamik, die Morphologie und die Wasserqualität in den Gewässern auf optimale Weise erreicht werden können.
- b Der Schutz der Bevölkerung vor Gefahren wie beispielsweise ungenügende Siedlungshygiene oder kontaminiertes Grundwasser ist sichergestellt, und andere ungünstige Einwirkungen auf die Umwelt und die Gewässer (qualitativ und quantitativ) sind minimiert.
- c Der zuverlässige und dauerhafte Betrieb sowie die nachhaltige Werterhaltung der Abwasserinfrastruktur werden sichergestellt. Die Abwasserreinigung ist ein Garant für das Zusammenleben im dicht besiedelten Raum und schützt wesentliche menschliche Grundbedürfnisse (Trinkwasser, Boden, Hygiene, Naherholung). Bevölkerung, Industrie und Gewerbe sind auf eine dauerhaft funktionierende, kostengünstige Abwasserbehandlung angewiesen.
- d Erhöhung der Sicherheit und der Energieeffizienz der industriellen Anlagen. Oberstes Ziel ist eine dauerhafte gesetzeskonforme Reinigungsleistung. Ein hoher Selbstversorgungsgrad der Abwasserreinigungsanlagen mit Wärme und elektrischer Energie wird angestrebt. Wo möglich sollen durch die Aufhebung einzelner Kleinkläranlagen Reinigungsleistung, Betriebskosten und Betriebssicherheit optimiert werden.
- e Die Grundwasserqualität wird verbessert. Durch den gesetzeskonformen Betrieb der Abwasserreinigungsanlagen werden die Gewässer von Schmutzstoffen entlastet.
- f Speziell verschmutztes Abwasser (z.B. von Industrie- und Gewerbebetrieben) soll auch dann nicht in Gewässer gelangen, wenn die ARA und die öffentlichen Mischwasserspeicher ausgelastet sind.

VE 3.2 ABWASSER (NEU)

Voraussichtliche Auswirkungen

Wirtschaft und Gesellschaft	Verkehr	– Wegfall der Schlammtransporte der lokalen ARA
	Siedlung	– Beseitigung von Stör- und Schadstoffen aus dem Siedlungsgebiet – ungehindertes Entwicklungspotenzial für Siedlungen (Industrie, Gewerbe, Bevölkerung)
	Erholung / Wohlfahrt	– Aufwertung der kleinen Bäche, Beseitigung von Abwasserfeststoffen aus den Gewässern
	Soziale Aspekte	– lokale Wertschöpfung durch gesteigerte Erholungsqualität in Gewässernähe
	Wirtschaftliche Aspekte	– kostengünstigere und bessere Abwasserreinigung auf regionaler ARA durch zentrale ARA und dezentrale SWS – Standortvorteil durch moderne Abwasser-Infrastruktur sowie hohe Betriebssicherheit von ARA und Abwassernetzen – Optimale Nutzung der 4. Reinigungsstufe (Mikroverunreinigungen)
	Voraussichtliche Kosten für den Kanton	– Investitions- und Betriebskosten werden über die Abwassergebühr finanziert – Fallweise können in den Projektkosten von Sanierungs- und Ableitungsvorhaben Aufwendungen für begleitende Renaturierungs-/Aufwertungsmassnahmen enthalten sein.
Umwelt	Natur / Landschaft	– deutlich höhere Wasserqualität in den Bächen – kleinere Wassermengen, allenfalls vermehrtes Trockenfallen der Gewässer in Trockenperioden mit negativen Auswirkungen auf die Gewässerorganismen bis hin zu Fischsterben
	Grundwasser / Boden	– sicherere und robustere Abwasserentsorgung auf hohem Stand der Technik – keine Gewässerbelastung mit industriellem Abwasser bei Regenwetter – geringeres Schadenpotenzial im Havariefall – Verlegung von Kanalisationsleitungen vorwiegend in landwirtschaftlich genutztem Land – geringere Gefahr von Grundwasserverschmutzungen
	Lärm / Luft	– geringere Lärm- und Geruchsemissionen, da Konzentration auf wenige ARA-Standorte

VE 3.2 ABWASSER (NEU)

Beschlüsse

Planungsgrundsätze

- a Die Planungen sind stets auf die Gewässerschutzziele und -anforderungen auszurichten. In der Regel sind ganzheitliche wasserwirtschaftliche und gewässerökologische Betrachtungen durchzuführen.
- b Eine langfristig kostengünstige und gesetzeskonforme Abwasserreinigung ist von kantonalem Interesse.
- c Siedlungsentwässerung und Abwasserentsorgung sind regional zu koordinieren und auf die qualitativen und quantitativen Belastungsgrenzen der Gewässer abzustimmen.
- d Zusammenschlüsse von Abwasserreinigungsanlagen sind konsequent zu prüfen.
- e Lokale ARA oberhalb Trinkwasserfassungen werden so konzipiert, dass das Risiko einer Trinkwasserverschmutzung minimiert werden kann.

Planungsanweisungen

- a Die Kläranlagenbetreiber reduzieren oder beseitigen Emissionsquellen ins Grundwasser in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Wasserversorgungen und den Direktbetroffenen sowie nach den Vorgaben der Generellen Entwässerungspläne (GEP).
- b Die Kläranlagenbetreiber legen zusammen mit dem Kanton zweckmässige Standorte und Volumina für Schmutzwasserspeicher (SWS) sowie deren Steuerung fest. Sie ergänzen dazu ihre GEP mit den zweckmässigen SWS und realisieren sie anhand von Gewässerschutzkriterien nach Dringlichkeit.
- c Der Kanton beurteilt die Auswirkungen einer ARA-Aufhebung und der damit verbundenen Ableitung des kommunalen Abwassers auf eine grössere ARA in Bezug auf die Gewässer, die ökologische Situation sowie mögliche Gefahren für Grundwasservorkommen im Bereich der örtlichen Gewässer.
- d Der Kanton erarbeitet im Falle einer positiven Beurteilung der Ableitungen des kommunalen Abwassers auf eine grössere ARA die kantonalen Nutzungspläne für die Realisierung der dazu erforderlichen Abwasserinfrastruktur auf Basis genehmigter GEP.
- e Die Gemeinden berücksichtigen in ihrer Nutzungsplanung die Aspekte der Siedlungsentwässerung und der Abwasserreinigung.

Örtliche Festlegungen

Festsetzung

Wenn grössere Sanierungen anstehen, wird die Ableitung von kommunalem Abwasser auf grössere Abwasserreinigungsanlagen (ARA) bei allen öffentlichen ARA geprüft und, falls sinnvoll und zweckmässig, umgesetzt. Bis 2030 steht diese Prüfung bei den folgenden ARA an:

- | | |
|---------------------------|--------------------|
| - ARA Niederdorf | - ARA Bubendorf |
| - ARA Nusshof | - ARA Burg |
| - ARA Rünenberg Süd | - ARA Buus |
| - ARA Rünenberg Nord | - ARA Hemmiken |
| - ARA Kilchberg/Zeglingen | - ARA Liesberg |
| - ARA Anwil | - ARA Maisprach |
| - ARA Oltingen | - ARA Roggenburg |
| - ARA Liedertswil | - ARA Wenslingen |
| - ARA Titterten | - ARA Wintersingen |
| - ARA Arboldswil | - ARA Bretzwil |
| - ARA Bennwil | |

G 1 SALINA-RAURICA

G 1.2 WOHNGBIETE

Ausgangslage

Mit der Aufwertung von Bahnhofsgeländen im Gebiet Salina-Raurica sollen einerseits die bestehenden Wohngebiete Pratteln-Längi und Augst besser an den öffentlichen Verkehr angebunden werden und andererseits die Entwicklung der Bauzonen vorangetrieben werden.

Aufgrund der Standortgunst und der Ergebnisse der Untersuchungen im Rahmen der Gesamtplanung Salina-Raurica wurden Wohngebiete im Umfang von 20 – 30 % der Baugebiete vorgesehen, da die Nachfrage nach Wohnraum für die Zukunft stabilere Prognosen besitzt als nach Arbeitsgebieten. Mit Salina-Raurica soll ein neues "Quartier" entstehen, das über einen ausgewogenen Nutzungsmix aus Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Erholung verfügt, um eine belebte, städtische Atmosphäre zu schaffen. Das Image der Wohnlage in Pratteln wird qualitativ durch Architektur, Grünflächen und durch die Nähe und Aktivitäten der Römerstadt Augusta Raurica und zum Rhein aufgewertet. Die Vorgabe des Regionalplans Siedlung zur Aufwertung des Bahnhofsgeländes wird damit umgesetzt.

Ziele

- Die Bahnhofsgelände und Umsteigestellen von regionaler Bedeutung sollen als vielseitig nutzbare, attraktive Zentrumsgebiete ausgestattet werden. Es sind - je nach örtlichen Bedarf bzw. den Verhältnissen entsprechend - Angebote für Einkaufs, Verpflegungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Wohnraum und Sitzungs-, Tagungs-, Ausstellungs- und /oder Mehrzweckräume etc. vorzusehen.
- Die Bahnhöfe sollen städtebaulich als Orientierungspunkte im Quartier konzipiert werden und entsprechend ihrer Bedeutung und Funktion im Siedlungsgebiet in Erscheinung treten. Je nach ihrer Bedeutung sind erhaltenswerte Zeugnisse der Vergangenheit in einer umgestalteten städtebaulichen Bahnhofssituation zu erhalten oder durch geeignete Umgestaltung neuen Zwecken zuzuführen.
- "Wir gestalten bis ins Jahr 2020 in Augusta Raurica beispielhaft einen weit über die Schweiz hinaus bekannten Erlebnisraum und verbinden so unser kulturelles Erbe mit der Zukunft" (RRB Nr. 960 vom 12.6.2001).
- Die Entwicklung des Siedlungsraums wird nach den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft ausgerichtet. Die Bauökologie der Bauten entspricht dem höchsten Standard, und die Energieversorgung wird zum grösstmöglichen Teil mit regenerativen Energiequellen sichergestellt.

Voraussichtliche Auswirkungen

Wirtschaft und Gesellschaft	Verkehr	- Geringeres Wachstum des regionalen MIV Zunahme bei bestmöglichem Modalsplit ÖV
	Siedlung	- Geringeres flächenhaftes Agglomerationswachstum im Anschluss an bestehende Wohngebiete
	Erholung / Wohlfahrt	- Ansiedlung „guter“ Steuerzahler Räumliche Konzentration der kulturellen Einrichtungen
	Soziale Aspekte	- Aufwertung der Nachbarschaft Pratteln - Längi
	Wirtschaftliche Aspekte	- Erhöhung Steuereinkommen für Gemeinden und Kanton
	Voraussichtliche Kosten für den Kanton	-
Umwelt	Natur / Landschaft	- Überbauung von Freiflächen - Verlegung Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung
	Grundwasser / Boden	- Versiegelung von Boden
	Lärm / Luft	- Geringe Zunahme der Verkehrsemissionen
	Energie	- Gemässigte Zunahmen des Energieverbrauchs

G 1.2 WOHNGEBIETE

Beschlüsse

Planungsgrundsätze

~~a Die Wohngebiete in Salina-Raurica sind ausschliesslich im Anschluss an bestehende Wohngebiete in Pratteln-Längi und in Augst zu platzieren sowie in Nähe zur neuen S-Bahn-Station Pratteln Salina-Raurica. Die Abgrenzung ist nicht parzellenscharf.~~

Wohnen Augst-Oberdorf bezeichnet den Bereich, in dem die bestehende Siedlung Oberdorf arrondiert und baulich ergänzt werden kann, in der bereits bestehenden Bauweise. Die Abgrenzung ist nicht parzellenscharf.

Planungsanweisungen

- a Der Kanton und die Gemeinden Augst und Pratteln sind angewiesen, bei der Ausgestaltung der Wohngebiete besonders der Lärm-, ~~und~~ Luft- **und Störfall**problematik Beachtung zu schenken.
- ~~b Der Kanton und die Gemeinden sind angewiesen, die Entwicklung der Wohngebiete in das Grün- und Freiraumkonzept zu integrieren und für eine einheitliche Gestaltung der Aussen- und Freiräume zu sorgen.~~
- c. ~~Der Kanton~~ **Die Gemeinde** ist angewiesen, die genaue Abgrenzung des Wohngebiets in Augst-Oberdorf, in dem weiterhin Bautätigkeiten ermöglicht werden, in Absprache mit ~~der Gemeinde dem Kanton und im Rahmen des kantonalen Nutzungsplans Augusta Raurica~~ **nutzungsplanerisch festzulegen**. Dabei ist Wohnen (und allenfalls Arbeiten) auf das Siedlungsgebiet westlich der Giebenacherstrasse im zukünftigen potenziellen Siedlungsperimeter Augst-Oberdorf zu konzentrieren. Im Übrigen sind die Vorgaben des kantonalen Richtplans bezüglich Siedlungsentwicklung massgebend.
- ~~d Die Gemeinden Augst und Pratteln streben an, die Anforderungen an die Quartierpläne derart zu formulieren, dass ein grösstmöglicher Teil der Neubauten als hochwärmegeämmte Gebäude zu realisieren sind und geringere Ansprüche an die Gebäudehülle mindestens durch die Nutzung von vorhandenen regenerativen Energiequellen auszugleichen sind.~~
- ~~e Die Gemeinden Augst und Pratteln sind angewiesen, für das gesamte Siedlungsgebiet Salina-Raurica ein Grün- und Freiraumkonzept zu erarbeiten, das die Anlage und den Unterhalt öffentlicher und halböffentlicher Freiflächen sowie die Flächen des ökologischen Ausgleichs regelt.~~

Örtliche Festlegungen

Festsetzung

Als Wohngebiete gemäss Detailplan (G 1.P) werden festgesetzt:

- Pratteln-Längi
- Augst-Gallezen / Gallisacker
- **Siedlungsperimeter Augst-Oberdorf**
- **Zukünftiger potenzieller Siedlungsperimeter Augst-Oberdorf**

Zwischenergebnis

Folgendes Wohngebiet gemäss Detailplan (G 1.P) wird als Zwischenergebnis aufgenommen:

- **Erweiterung zukünftiger potenzieller Siedlungsperimeter Augst-Oberdorf**

G 1.3 LANDSCHAFT

Ausgangslage

Der ökologische Ausgleich im Siedlungsgebiet ist dort wichtig, wo grossflächige Bauzonen neu überbaut werden sollen. Im Rahmen der Planung Salina-Raurica stellte sich die Aufwertung der Freiflächen als eine unumgängliche Massnahme heraus, um die umfangreichen Bauflächen in der Rheinebene qualitativ nutzen und um der Gemeinde Pratteln zu einem besseren Image verhelfen zu können.

Die erheblichen Konflikte mit Natur- und Landschaftsschutzobjekten beziehen sich auf die Zurlindengrube, ein Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung, das in der Industriezone liegt und somit derzeit eine bauliche Nutzung verhindert. Der Regionalplan Siedlung als behördenverbindlicher kantonaler Spezialrichtplan beinhaltet den Auftrag: "Die zuständigen kantonalen Stellen (ARP, ALV) unterbreiten dem Regierungsrat einen Genehmigungsantrag, welcher Umfang und Kosten der Unterschutzstellung ausweist. Mit einer separaten Landratsvorlage wird eine Verlegung des Amphibienlaichgebiets beantragt." Die Verlegung der Zurlindengrube sowie der entsprechende Kredit wurden am 3. Mai 2007 (LRB 2007/017) durch den Landrat beschlossen.

Eine zukünftige Arbeitsplatzentwicklung muss über grosse Freiraumqualitäten verfügen, um im Wettbewerb bestehen zu können. Das Gebiet Salina-Raurica ist heute bereits durch zerschneidende Infrastrukturen stark belastet. Die Aufwertung des Planungsgebietes mit Grün- und Freiflächen ist eine unverzichtbare Massnahme, um Aufenthaltsqualität für Bewohnerschaft und Arbeitende in einem bislang wenig attraktiven Raum zu schaffen und um den ökologischen Ausgleich vorzunehmen (Art. 18 NHG).

Die Zurlindengrube ~~ist~~ wurde im September 2017 durch den Bundesrat aus dem ~~in das~~ Bundesinventar der Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung ~~entlassen~~ aufgenommen. Gemäss Amphibienlaichgebiete-Verordnung (AlgV) sind diese Objekte in ihrer Qualität und Eignung als Amphibienlaichgebiete sowie als Stützpunkte für das langfristige Überleben und die Wiederansiedlung gefährdeter Amphibienarten ungeschmälert zu erhalten. Zum Schutzziel gehört die Erhaltung und Förderung des Objektes als Amphibienlaichgebiet und als Element im Lebensraumverbund sowie die Erhaltung und Förderung der wertgebenden Amphibienpopulationen. Ein Abweichen vom Schutzziel ist nur zulässig für standortgebundene Vorhaben, die einem überwiegenden öffentlichen Interesse von ebenfalls nationaler Bedeutung dienen. Verursacherinnen und Verursacher sind in diesem Fall zu bestmöglicher Schutz-, Wiederherstellungs- oder ansonsten angemessenen Ersatzmassnahmen verpflichtet. Gleichzeitig wurde als Ersatz das Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung Nr. BL623 „Klingenthal-Lachmatt“ in Muttenz in das Bundesinventar aufgenommen.

Gemäss Schriftenreihe Umwelt Nr. 306 "Nationale Prioritäten des ökologischen Ausgleichs im landwirtschaftlichen Talgebiet" liegt die Rheinebene zwischen Pratteln und Laufenburg, Ergolzthal und Fricktal in einem "Nationalen Interessengebiet Naturschutz" (NIN). Diese Gebiete umfassen Biotop von nationalem Interesse, Lebensräume stark gefährdeter Arten sowie Flächen, die der langfristigen Sicherung stark gefährdeter Arten dienen. Für das Gebiet des Spezialrichtplans Salina - Raurica liegt die Bedeutung in der Erhaltung folgender nationaler Werte: strukturreiche Uferabschnitte an Rhein und Zuflüssen, Auenrelikte am Rhein, Trockenstandorte, Hochstammobstgebiete, Vögel der offenen und halboffenen Kulturlandschaft. Bezogen wird das NIN nur auf die Fläche ausserhalb der heute gültigen Bauzonen.

Ziele

- a Dort, wo es im Rahmen neuer Überbauungen möglich ist, sollen die Siedlungen siedlungsintern so angelegt und gestaltet werden, dass der Landschaftsraum stärker mit dem Siedlungsraum verknüpft wird oder die beiden Talseiten durch Siedlungsgrün miteinander vernetzt werden.
- ~~b Die Zurlindengrube ist als Amphibien-Biotop von voraussichtlich nationaler Bedeutung zu schützen und zu erhalten, oder es ist entsprechend Ersatz zu schaffen.~~
- ~~c Es ist ein Biotopverbund-Konzept zu erarbeiten, welches aufzeigt, wie das Biotop mit benachbarten Lebensräumen (Anlegen von Wanderkorridoren, Verminderung der Barrierewirkung der Strassen etc.) ökologisch vernetzt werden kann (Objektblatt Nr. S 6.2)~~
- d "Wir setzen uns ein für naturnahe und attraktive Erholungsräume" (RRB Nr. 960 vom 12.6.2001).

G 1.3 LANDSCHAFT

Voraussichtliche Auswirkungen

Wirtschaft und Gesellschaft	Verkehr	Verminderung Verkehrsaufkommen keine
	Siedlung	– Erhaltung / Verbesserung der Attraktivität der Gemeinden Augst und Pratteln – Begrenzung des Siedlungsraums
	Erholung / Wohlfahrt	– Erhaltung und Aufwertung von Freiräumen für die Naherholung
	Soziale Aspekte	– höhere Identifikation mit dem eigenen Lebensraum
	Wirtschaftliche Aspekte	– qualitative Aufwertung der Bauzonen und des Image des Stand-orts
	Voraussichtliche Kosten für den Kanton	–
Umwelt	Natur / Landschaft	– Erhaltung der Freiräume und des Landschaftscharakters – Gewährleistung der grossräumigen Lebensraumvernetzung – Verlegung Amphibienlaichgebiet von nat. Bedeutung
	Grundwasser / Boden	– Erhaltung unversiegelter Flächen/natürlich gewachsener Böden
	Lärm / Luft	– Verminderung Siedlungsdichte mit belastenden Aktivitäten

Beschlüsse

Planungsgrundsätze

- a Die Anlage der **Parks** im Gebiet Salina-Raurica dient der urbanen Gestaltung, der ökologischen und gestalterischen Aufwertung des gesamten Gebiets sowie der grossräumigen Freiraumvernetzung. Je nach Lage sind die Parks urbaner und siedlungsbezogen auszugestalten oder eher freiraum- und naherholungsbezogen, aber möglichst naturnah mit einheimischen Pflanzen. Die Parks sind punktuell mit Einrichtungen für Freizeit und Sport auszugestalten. Die Abgrenzung ist nicht parzellenscharf. Das „Erlebnis Augusta Raurica“ soll ein wertvoller Erholungs- und Erlebnisraum für Anwohner, Bevölkerung und Besuchende sein.
- b Die **Vorranggebiete Natur** dienen dem ökologischen Ausgleich und der grossräumigen Freiraumvernetzung. Die Abgrenzung ist nicht parzellenscharf.
- c In das **Grün- und Freiraumkonzept** sind Parks, Vorranggebiete Natur und alle übrigen Flächen inklusive Flachdächer miteinzubeziehen.

Planungsanweisungen

- a Die Gemeinden Augst und Pratteln sind angewiesen, ein Grün- und Freiraumkonzept für das gesamte Gebiet in Salina-Raurica auszuarbeiten, das die Anlage und den Unterhalt öffentlicher und halböffentlicher Freiflächen sowie die Flächen des ökologischen Ausgleichs regelt.
- b **Der Kanton übernimmt die Aufgabe, ein Grün- und Freiraumkonzept im Gebiet Augst-Oberdorf für den Erlebnisraum Augusta Raurica auszuarbeiten, wobei die Bedürfnisse der Gemeinde Augst und der Römerstadt sicherzustellen sind.**
- c Der Kanton übernimmt gemeinsam mit den Gemeinden Augst und Pratteln die Aufgabe, für die Grünanlage Längi-Park ein Varianzverfahren (Wettbewerb) mit den betroffenen Grundeigentümern und Anrainern durchzuführen.
- d Der Kanton übernimmt gemeinsam mit den Gemeinden Augst und Pratteln die Aufgabe, die Grünanlagen Längi-Park und Rhein-Park mit den betroffenen Grundeigentümern und Anrainern zu projektieren und zu realisieren. **Es erfolgt die Koordination mit dem Agglomerationspark Möhlin-Rheinfelden-Kaiseraugst.**
- ~~e Der Kanton übernimmt die Aufgabe für einen gleichwertigen Ersatzstandort der Zurlindengrube zu sorgen.~~
- f Der Kanton sorgt gemeinsam mit den Gemeinden Augst und Pratteln für den ökologischen Ausgleich nach Art. 18b NHG.

G 1.3 LANDSCHAFT

Örtliche Festlegungen

Festsetzung

Als Freiflächen gemäss Detailplan (G 1.P) werden festgesetzt:

- | | | |
|---|----------------------|--|
| a | Park: | "Rhein-Park" in Augst-Gallezen (Pratteln-Rheinufer)
"Längi-Park" in Prattel-Längi |
| b | Vorranggebiet Natur: | "Wirtslöli"
"Im Oos"
"Ergolzufer"
"Rheinufer" |

G 1.4 VERKEHR

Ausgangslage

Der Grossteil der gewerblichen und industriellen Reserveflächen von Pratteln befindet sich im Gebiet Salina-Raurica und ist noch nicht überbaut. Etwa die Hälfte der unüberbauten Gewerbe- und Industrieflächen ist nicht oder nur teilerschlossen und gilt damit als nicht baureif. Diese un- oder teilerschlossenen Flächen befinden sich unmittelbar östlich des Autobahnzubringers Pratteln, also an den erschliessungsmässig besten Lagen sowie im Dreieck A2 - SBB - Heissgländstrasse.

Aufgrund der mit 120'000 Fahrzeugen hohen täglichen Verkehrsbelastung auf dem benachbarten Autobahnstück Basel - Augst sowie der Emissionen der bestehenden Betriebe wird das Industriegebiet Pratteln-Nord lufthygienisch als erheblich vorbelastet betrachtet. Aus den Erfahrungen mit den bisherigen Umweltverträglichkeitsprüfungen im Gebiet Pratteln besteht darum ein dauernder Konflikt zwischen den Ausbauvorhaben in den Industrie- und Gewerbegebieten und den Forderungen des Luftreinhalteplans. Mit jeder neuen Anlage wird die Verkehrssituation und Luftbelastung verschärft. Da Umweltverträglichkeitsprüfungen nur bei einzelnen Anlagen durchgeführt werden können und nicht für ein ganzes Gebiet möglich sind, drängt sich eine gesamtheitliche Sicht und Planung durch die Gemeinde und die betroffenen kantonalen Stellen auf. Dabei müssen sich alle Beteiligten klar darüber werden, was in diesem Gebiet in Zukunft wünschbar bzw. machbar ist und mit welchen Massnahmen diese Ziele erreicht werden können.

Lufthygienische Probleme treffen insbesondere auch für das im Osten angrenzende Wohngebiet Längi zu, auf welches zusätzlich noch Lärmimmissionen wirken. Ein Immissionsschutz des Wohngebiets Längi besteht nicht.

Die Planung Salina-Raurica erfüllt den Anspruch des Regionalplans Siedlung nach einem gesamthaften Vorgehen. Aufgrund der verkehrsbelasteten Ausgangssituation kann die Erschliessung der Rheinebene nur durch den gezielten Ausbau des öffentlichen Verkehrs erfolgen, zusammen mit einem umfassenden Verkehrsmanagement. Ziel ist ein Modal-Split von 35% ÖV. Um eine Erhöhung der Verkehrsbelastung im Ortszentrum von Augst zu verhindern, sind hier entlastende Massnahmen angezeigt. Folgende richtplanrelevante Massnahmen sind notwendig, um die verkehrliche Entwicklung auf dieses Mass zu beschränken:

- Die bereits realisierte S-Bahn-Station,
- Verkehrsberuhigung Hauptstrasse Augst,
- Verlegung der bestehenden Rheinstrasse (Kantonsstrasse),
- Aufhebung und Rückbau der Rheinstrasse als Uferpromenade,
- Umfahrung Augst / Kaiseraugst,
- Verlängerung Tramlinie 14 auf Tram-Korridor von Pratteln-Mitte bis zur Bushaltestelle Augst,
- Verkehrsmanagement für das Gesamtgebiet.

Ziele

- a Das Gebiet Industriezone Nord ist in wirtschaftlicher Hinsicht kantonales Interessensgebiet. D.h. es ist aus Sicht des Kantons Basel-Landschaft sicherzustellen, dass unter Berücksichtigung der verschiedenen Konflikte die Voraussetzungen für eine gewerblich-industrielle Nutzung bestehen bleiben bzw. geschaffen werden.
- b Das Gebiet Industriezone Nord weist - nicht zuletzt auch aufgrund seines Umfangs - zahlreiche gewichtige Konflikte auf. Eine adäquate Lösung ist nur im Rahmen eines Gesamtkonzepts (Nutzung, Erschliessung, evtl. Gestaltung) möglich.
- c Planungsträgerin ist die Gemeinde.
- d Die Gesamtplanung Salina-Raurica soll eine umweltverträgliche wirtschaftliche Nutzung der Rheinebene ermöglichen und die bestehenden Konflikte lösen. Die Planungsphase wird vom Kanton geleitet - die Realisierung erfolgt durch die Gemeinden. Durch Steuerung der Verkehrsentwicklung und Förderung des öffentlichen Verkehrs wird der Modal-Split optimiert. Die Wohngebiete sollen durch Verkehrsberuhigungsmassnahmen geschützt werden.

G 1.4 VERKEHR

Voraussichtliche Auswirkungen

Wirtschaft und Gesellschaft	Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> – Lokale Auswirkungen durch bauliche Anpassungen – Lokale und regionale Auswirkungen durch Verkehrszunahme (Salina-Raurica 28'000 Fahrten DTV) – Entlastung des Strassennetzes durch Langsamverkehr
	Siedlung	<ul style="list-style-type: none"> – verbesserte ÖV-Erschliessung – vermehrte MIV-Emissionen
	Erholung / Wohlfahrt	<ul style="list-style-type: none"> – Schutz der Wohngebiete in Augst durch Verkehrsberuhigung
	Soziale Aspekte	<ul style="list-style-type: none"> – höhere Standortgunst für Pratteln-Längi durch neue ÖV-Erschliessung
	Wirtschaftliche Aspekte	<ul style="list-style-type: none"> – Verbesserte MIV-Erschliessung führt zur Nutzung des Baulands – Verbesserte ÖV-Erschliessung führt zu Erhöhung der Standortgunst
	Voraussichtliche Kosten für den Kanton	–
Umwelt	Natur / Landschaft	<ul style="list-style-type: none"> – Höheres Verkehrsaufkommen verstärkt die zerschneidende Wirkung der Verkehrsträger
	Grundwasser / Boden	<ul style="list-style-type: none"> – vermehrte MIV-Emissionen
	Lärm / Luft	<ul style="list-style-type: none"> – Zunahme der Verkehrsemissionen, jedoch geringere Zunahmen als ungesteuerte Entwicklung durch hohen ÖV / LV-Anteil

Beschlüsse

Planungsgrundsätze

- a Die bestehende Rheinstrasse in Pratteln wird im Rahmen ihrer anstehenden Sanierung zwischen Dürrenhübel und Längi entlang der Autobahn verlegt. Damit werden wirtschaftlich interessante, grossflächige Standorte am Rhein und Freiflächen für den Rhein-Park geschaffen. Der Bau der neuen Strasse ist so auszugestalten, dass die ökologische Vernetzung gegenüber heute verbessert wird.
- b Die Hauptstrasse in Augst zwischen der Verzweigung Frenkendörferstrasse und der östlichen Gemeindegrenze wird unter Mitwirkung der Gemeinde Kaiseraugst verkehrsberuhigt. Die Verkehrsberuhigung bzw. der Rückbau des Abschnitts Frenkendörferstrasse - Pratteln Längi erfolgt nach Verlegung der Rheinstrasse.
- c Mit dem Rückbau der bestehenden Kantonsstrasse Rheinstrasse in Pratteln zwischen Dürrenhübel und Längi wird die Anlage einer Uferpromenade ermöglicht.
- d Zwischen Pratteln-Mitte und der Bushaltestelle Augst ist ein Tram-Korridor für eine Verlängerung der Linie 14 freizuhalten. Optional kann die Linie später bis Kaiseraugst verlängert werden.
- e Im Fall einer massgeblichen Zusatzbelastung durch Salina-Raurica auf der Ortsdurchfahrt Augst ist eine südliche Umfahrung von Augst vorgesehen.
- f Innerhalb des Planungsgebietes werden flächendeckend attraktive und sichere Verbindungen für den Langsamverkehr und für das bestehende Wanderwegnetz umgesetzt.

G 1.4 VERKEHR

Planungsanweisungen

- a Die Fachstellen des Kantons übernehmen die Aufgabe, den langfristigen Ausbau des A2-Anschlusses Pratteln zu koordinieren.
- b Die Fachstellen des Kantons übernehmen die Aufgabe, die Verlegung der Rheinstrasse mit dem ASTRA zu koordinieren.
- c Die Fachstellen des Kantons übernehmen die Aufgabe, den Lärm- und Sichtschutz entlang der Rheinstrasse und der A2 sicherzustellen.
- d Die Fachstellen des Kantons übernehmen die Aufgabe für ein umfassendes Mobilitätsmanagement zu sorgen, das zeitlich und kapazitätsmässig auf die Bautätigkeit abgestimmt ist.
- e Die Fachstellen des Kantons übernehmen die Aufgabe für ein umfassendes Mobilitätsmanagement zu sorgen, mit dem Ziel, einen möglichst hohen ÖV-Anteil anzustreben.
- f Die Gemeinden Pratteln und Augst übernehmen die Aufgabe, die Projektierung und den Bau der neuen kommunalen Strassen in Salina-Raurica in die Wege zu leiten und für die Aufnahme in die Strassennetzpläne zu sorgen. Das kommunale Strassennetz im Gebiet Salina-Raurica wird so ausgestaltet, dass die massgeblichen Strassenverkehrserzeuger an die neue Rheinstrasse im Süden des Entwicklungsgebiets angebunden werden und allfälliger Schleichverkehr durch Salina-Raurica zwischen der Ortsdurchfahrt Augst und der neuen Rheinstrasse minimiert bzw. bestenfalls verunmöglicht wird (Ausbildung einer verkehrlichen Wasserscheide).
- g Die Gemeinde Pratteln übernimmt die Aufgabe, die zentrale Strassenachse zur Erschliessung von Salina-Raurica sowie die Zufahrt zur S-Bahn-Station Pratteln Salina-Raurica ~~als Boulevard~~ auszugestalten.
- h Die Fachstellen des Kantons und die Gemeinden Augst und Kaiseraugst übernehmen in Zusammenarbeit mit dem Kanton Aargau die Aufgabe, die Kennwerte für eine massgebliche Zusatzbelastung in Augst festzulegen und ggf. die Umfahrungsstrasse zu projektieren.
- i Die Fachstellen des Kantons prüfen in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Augst und mit dem Kanton Aargau die Verbesserung der verkehrlichen Anbindung des Erlebnisraums Augusta Raurica für alle Verkehrsmittel. Allfällige Anpassungen der Infrastruktur müssen mit einer Umfahrungsstrasse von Augst aufwärtskompatibel sein.

Örtliche Festlegungen

Festsetzung

Die Verkehrsinfrastrukturen gemäss Detailplan (G 1.P) werden festgesetzt:

Verkehrsberuhigung Hauptstrasse:	"Hauptstrasse" in Augst zwischen Pratteln-Längi und Kantons-grenze
Verlegung der bestehenden Kantonsstrasse gem. Projekt:	"Rheinstrasse" in Pratteln zwischen Dürrenhübel und Frenken-dörferstrasse
Aufhebung und Rückbau der bestehenden Kantonsstrasse:	"Rheinstrasse" in Pratteln zwischen Dürrenhübel und Längi

Zwischenergebnis

Umfahrung Augst:	"Umfahrung Augst" zwischen A2 und Kaiseraugst
Tramverlängerung Pratteln-Augst	"Tram-Korridor" Pratteln-Mitte bis Bushaltestelle Augst

G 1.5 ERLEBNISRAUM AUGUSTA RAURICA (NEU)

Ausgangslage

Augusta Raurica ist ein kultureller und touristischer Leuchtturm, der über die Grenzen des Kantons ausstrahlt. Als eine der am besten im Boden erhaltenen römischen Stadt nördlich der Alpen ist die archäologische Stätte von nationaler und internationaler Bedeutung. Als Teil des strategischen Entwicklungsareals "Salina-Raurica" will der Kanton in Augusta Raurica einen über die Schweiz hinaus bekannten Erlebnisraum gestalten, der das kulturelle Erbe mit der Zukunft verbindet.

Augusta Raurica liegt in einem landschaftlich intakten und naturnahen Landschaftsraum. Mit sichtbaren und verborgenen antiken Monumenten verfügt der Kanton über ein heute noch ungenutztes Potenzial. Mit der zunehmenden Siedlungsentwicklung im Gebiet Salina-Raurica wird die Bedeutung von Augusta Raurica und des Landschaftsraumes für die Bevölkerung zunehmen. Das bestehende Angebot an Infrastruktur wird den Anforderungen der Besucher und Besucherinnen nicht gerecht.

Gemeinsam mit den Gemeinden Augst und Kaiseraugst wurde ein Entwicklungskonzept erarbeitet (vom Landrat zur Kenntnis genommen am 10. Januar 2013 als Schlussbericht "Entwicklungskonzept Augusta Raurica"), welches die Zukunftsperspektiven für die Gemeinde Augst und die Römerstadt Augusta Raurica aufzeigt. Ziele sind eine schrittweise Entwicklung für Augusta Raurica im Hinblick auf eine Bewerbung um das UNESCO-Welterbe sowie eine Siedlungsentwicklung der Gemeinde Augst im Oberdorf.

Ziele

- a Den "Erlebnisraum Augusta Raurica" als Landschafts- und Kulturraum im Dialog mit der Siedlung schrittweise entwickeln.
- b Augusta Raurica mit seiner Stadtgeschichte und der historischen Entwicklung erlebbar machen und in einen Gesamtzusammenhang stellen. Die Monumente über Erlebniswege verbinden und erlebbar machen.
- c Die Landschaft ist der räumliche und atmosphärische Rahmen von Augusta Raurica.
- d Die Siedlungsentwicklung von Augst gewährleistet das Erlebnis eines zusammenhängenden Landschaftsraumes.
- e Raumplanerische Voraussetzungen für die Entwicklung der Siedlung, der Landschaft und der Römerstadt Augusta Raurica werden koordiniert geschaffen (Revision kommunale Nutzungsplanung bei gleichzeitiger Aufhebung veralteter kantonalen Nutzungsplanungen).
- f Verkehrsanbindung von Augusta Raurica (ÖV, Langsamverkehr, MIV) verbessern.

Voraussichtliche Auswirkungen

Wirtschaft und Gesellschaft	Verkehr	– mit der Entwicklung von Augusta Raurica langfristig geringfügig grösseres Verkehrsaufkommen möglich
	Siedlung	– Hochwertiger Siedlungsraum in Augst-Oberdorf
	Erholung / Wohlfahrt	– Aufwertung Landschaftsraum; Grün- und Freiraumkonzept mit öffentlichen und halböffentlichen Freiflächen, Konzentration der kulturellen Einrichtungen
	Soziale Aspekte	– Attraktives Kultur- und Freizeitangebot
	Wirtschaftliche Aspekte	– Tourismus, hochwertiger Wohnraum
	Voraussichtliche Kosten für den Kanton	–
Umwelt	Natur / Landschaft	– Aufwertung Landschaftsraum, ökologischer Ausgleich
	Grundwasser / Boden	–
	Lärm / Luft	–

G 1.5 ERLEBNISRAUM AUGUSTA RAURICA (NEU)

Beschlüsse

Planungsgrundsätze

- a Augusta Raurica steht im Dialog mit der Landschaft und der Siedlung. Der Landschaftsraum soll für die heutige und künftige Siedlung und das "Erlebnis Augusta Raurica" erhalten und gestärkt werden. Die vorhandenen Landschaftsstrukturen sollen – wo sinnvoll – zugänglich und erlebbar gemacht werden.
- b Das "Erlebnis Augusta Raurica" soll ein wertvoller Erholungs- und Erlebnisraum für Anwohner, Bevölkerung und Besuchende und Touristen sein.
- c Die historische römische Stadt soll erlebbar sein. Die bestehenden Monumente sollen verbunden werden und stehen in einem Gesamtzusammenhang. Allfällige untergeordnete Infrastrukturen (z.B. Versorgung) sind im Gebiet Theater, Tempel und Nebenforum möglich, sofern sie mit den bestehenden Monumenten in Verbindung stehen.
- d Bauten und Infrastrukturen entsprechen den unterschiedlichen Nutzerbedürfnissen.
- e Die Wegführung für die Fussgängerinnen und Fussgänger soll durch attraktive Landschaftsräume erfolgen und das Erlebnis intensivieren.
- f Die Anbindung des gesamten "Erlebnisraums Augusta Raurica" an die übergeordneten Verkehrsstrukturen (ÖV, MIV, Langsamverkehr etc.) soll optimiert werden. Dabei sollen die Zugänge zum "Erlebnisraum Augusta Raurica" verbessert und erkennbar gestaltet werden. Die bestehende Parkierung bei der Autobahn bleibt erhalten und kann bei Bedarf noch ausgebaut werden.

Planungsanweisungen

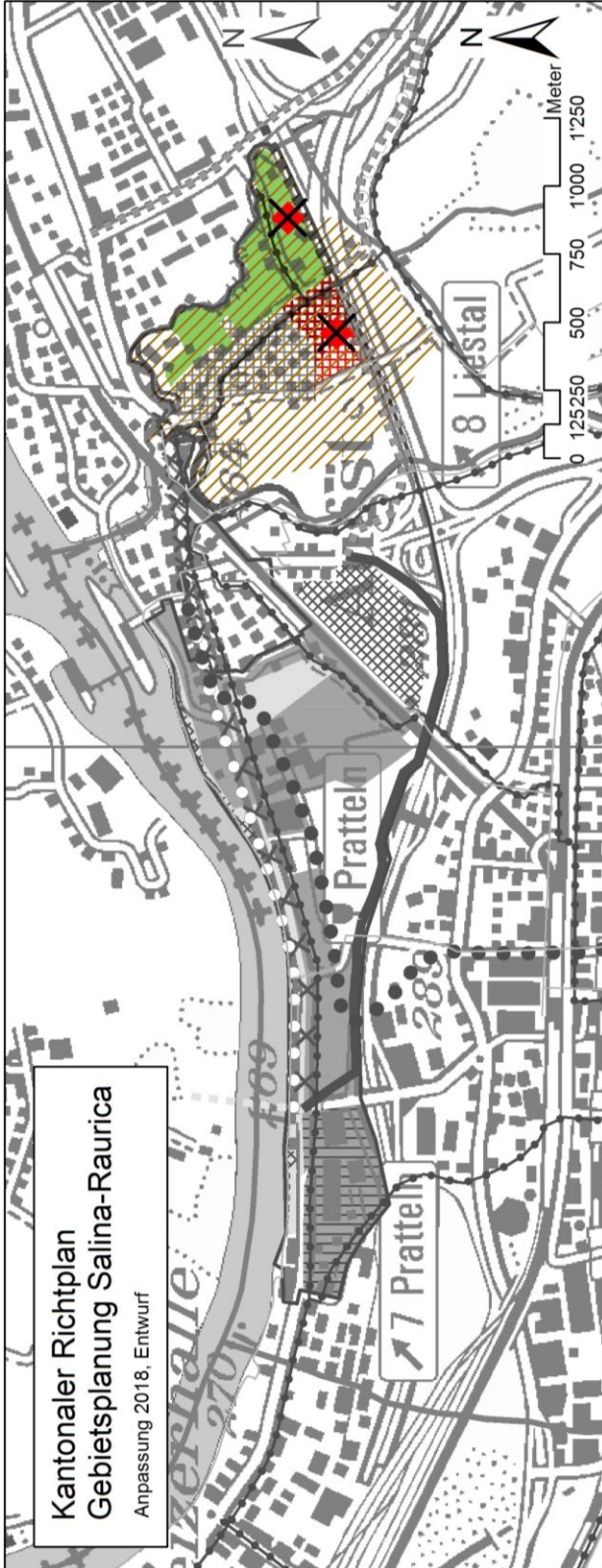
- a Der Kanton erarbeitet ein Museumskonzept Erlebnis Augusta Raurica zur Vermittlung der römischen Stadt mit zusammenhängenden Themenfeldern und der Einbindung der sichtbaren und verborgenen Monumente.
- b Für ein künftiges neues Römermuseum zeigt der Kanton in Abstimmung mit der Gemeinde die potenziellen Museumsstandorte inkl. deren Erschliessung auf. Dabei sind insbesondere die Fragen der Erschliessung und die Beanspruchung von Fruchtfolgefächern im Sinne von Art. 30 Abs. 1^{bis} RPV zu beachten.
- c Der Kanton erarbeitet in Abstimmung mit der Gemeinde ein Konzept für die Zugänge zum "Erlebnisraum Augusta Raurica", das von der Gemeinde Augst in ihren Strassennetzplan übernommen wird.

Örtliche Festlegungen






Festsetzung

- Erlebnisraum Augusta Raurica: Perimeter der antiken Stadt gem. Archäologiegesetz
- Kernentwicklungsgebiet Erlebnisraum Augusta Raurica mit Museums- und Besucherinfrastruktur, östlich der Giebenacherstrasse
- Das Siedlungsgebiet gemäss Richtplan-Gesamtkarte wird nach Abschluss der zonenplanerischen Umsetzung des Kernentwicklungsgebiets östlich der Giebenacherstrasse auf Anweisung des Regierungsrats fortgeschrieben.

G 1.P DETAILPLAN



Beschlussinhalt

-  antiker Stadtperimeter
-  Zukünftiger potenzieller Siedlungsperimeter Augst-Oberdorf (Festsetzung)
-  Erweiterung zukünftiger potenzieller Siedlungsperimeter Augst-Oberdorf (Zwischenergebnis)
-  Kernentwicklungsgebiet des Erlebnisraums Augusta Raurica mit Museums- und Besuchsinfrastrukturen
-  Aufhebung Infrastrukturen Römerstadt